

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzvorchriften ausgeschlossen. ♦ Postk.-Konto Hannover Nr. 57813. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Viktoriastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Zur Tagung des Bergbauvereins.

P. Z. Am Samstag, 9. Mai 1931, tagte in Essen die Hauptversammlung des „Verbands für die bergbaulichen Interessen“. Den Geschäftsbericht gab Bergassessor von Loewenstein. Er redete von interessanten Sachen und aktuellen Problemen. Nur schade: der Herr hatte ein verkehrtes Manuskript erwischt. Oder sollte der Bergbauverein ein Generalmanuskript haben, das immer zu benutzen ist, wenn für die Öffentlichkeit geredet werden soll? Diese Wahrscheinlichkeit könnte deshalb schon bestehen, weil auch Herr Dr. Brandt, der auf der gleichen Tagung nach Herrn von Loewenstein sprach, sinngemäß genau dasselbe ausführte. Und was beide sagten, deckte sich wiederum mit dem, was bei ähnlichen Gelegenheiten im Laufe der letzten Jahre auch schon Herr Bögl, Herr Klöckner und all die anderen Redner dieses Kreises kundgaben. Ueberschrieben scheint dieses Manuskript zu sein:

Die Gewerkschaftsdiktatur im Nachkriegsdeutschland!

Herr von Loewenstein sprach zur Abwechslung statt von „Gewerkschaftsdiktatur“, von „Zwangsbewirtschaftung der Löhne durch Tarif- und Schlichtungsrecht“. Daneben bestche die Zwangsbewirtschaftung der Preise (Kohlenwirtschaftsgelei), was alles, in Verbindung mit einer sinnlosen Sozialpolitik, wie besonders Herr Brandt noch betonte, an der ganzen derzeitigen Wirtschaftsmisere schuld sei. Es sei höchste Zeit, so meinten beide Redner, daß hier Wandel geschaffen werde, denn — und so sagte Herr Brandt wörtlich —: „Die rheinisch-westfälische Montanindustrie steht mitten in der Wirtschaftskatastrophe!“

Nun muß schon einer der Auffassung sein, daß man die Hufe mit der Reißzange anziehen muß, um nicht zu wissen, was die Herren mit ihrem Klagegeden wollen. Es gilt, den sogenannten zweiten Lohnabbau zu erreichen, wozu, wie die Tagespresse bereits meldete, der Zechenverband auch bereits den Lohnabbaugesetz zum 30. Juni gekündigt hat. Um die Notwendigkeit eines weiteren Lohnabbaues zu beweisen, schreit sich Herr von Loewenstein nicht einmal, das berühmte Schmalenbach-Gutachten heranzuziehen, das bekanntlich einer Rentabilitätsberechnung auf Grund der Selbstkosten im Nov. 1927 gegolten hatte.

Wir hatten damals schon nachgewiesen, daß auch dieses Gutachten nicht etwa eine Unrentabilität des Ruhrbergbaues erwiesen hätte. Aber davon ganz abgesehen. Mittlerweile sind rund dreieinhalb Jahre verfloßen, während welcher Zeit sich doch allerhand im Ruhrbergbau geändert hat, und zwar nicht zu Ungunsten der Zechenbesitzer. Wir greifen hierzu nur drei Faktoren heraus, die grundlegend sind für

die Gestaltung der Wirtschaftlichkeit

im Bergbau, von der lohnpolitischen Seite aus gesehen. Das Schmalenbach-Gutachten stellte für den Monat November 1927 fest: Es betrug

die Leistung je Mann und Schicht . . .	1153 Kg.
der Barverdienst je Mann und Schicht . . .	8,33 M.
der Lohnanteil je Tonne	7,22 M.

Schon bei diesem Verhältnis also hatten wir damals nachgewiesen, daß die Rentabilität für den Ruhrbergbau gegeben war. Wir wollten aber heute hierüber nicht mehr streiten. Wir wollen nur darauf verweisen, daß trotz der damals erfolgten Lohnerhöhung, und obwohl heute noch Herr von Loewenstein daran festhält, daß jenes Gutachten die Unrentabilität des Ruhrbergbaues erwiesen hätte, der Ruhrbergbau in dem Geschäftsabschnitt 1928-29 sehr gute Zeiten aufzuweisen hatte. Daß nun auch der Ruhrbergbau unter der allgemeinen volks- und weltwirtschaftlichen Krise zu leiden hat, ist selbstverständlich. Aber die Schuld hierfür nun den angeblich unnatürlich erhöhten und überhöhten Löhnen der Bergarbeiter zurechnen zu wollen, ist doch schon ein etwas starkes Stück. Man erwäge hierzu nur folgendes: Es betrug im Januar 1931

die Leistung je Mann und Schicht	1423 Kg.
der Barverdienst je Mann und Schicht	8,44 M.
der Lohnanteil je Tonne	5,93 M.

Wie man angesichts dieser Entwicklung nun davon reden kann, daß eine den tatsächlichen Wirtschaftsverhältnissen widersprechende Lohnpolitik, also zu stark erhöhte Löhne, die Krise verursacht hätten, ist einfach nicht zu verstehen. Um es nochmals deutlich bewußt zu machen: Der Lohn des Ruhrbergmanns stand im Januar 1931 nur 11 Pf. höher

als im November 1927. Dafür lieferte aber dieser gleiche Ruhrbergmann im Januar 1931 pro Schicht 270 Kg. Kohle, die einen Verkaufswert von rund 4 M. haben, mehr als im November 1927. Das zeigt die weitere Folge, daß der Anteil der Unkosten pro Tonne aus Arbeiterlohn von 7,22 Mark im November 1927 auf 5,93 M. im Januar 1931, also um rund 1,30 M. gesunken ist.

Doch damit nicht genug! In der Zeit vom November 1927 bis Januar 1931 sind die Materialpreise, die für die Selbstkosten in der Kohlenproduktion in Frage kommen, zum großen Teil sehr beachtlich gesunken, so daß also auch von der Seite aus eine weitere Besserung des Rentabilitätsgrades erfolgt sein muß. Wir wiederholen deshalb auch hier wieder, daß es eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit ist, wenn man, angesichts dieser Darstellung der wirklichen Sachlage, noch von einer Wirtschaftskatastrophe redet, in welche der Ruhrbergbau durch eine überspannte Lohnpolitik hineingetrieben worden sei. Wenn sich

der Ruhrbergbau in Schwierigkeiten

befindet, dann kann das nur insoweit der Fall sein, als er eben durch die gesamtwirtschaftliche Krise in Mitleidenschaft gezogen ist dadurch, daß keine Leistungsfähigkeit eben nur zum Teil ausgenutzt werden kann, die Zechenherren aber am Gesamtprofit, wie er bei vollem Geschäftsbetrieb erwartet werden darf und damit also auch erst dem im Ruhrbergbau stehenden Kapital entspricht, nichts einbüßen wollen. Mit anderen Worten ausgedrückt: Pro Tonne ist der Profit nicht gesunken, sondern er muß gestiegen sein. Durch den in der Wirtschaftskrise bedingten Rückgang der Gesamtförderung aber ist auch der Gesamtprofit vielleicht kleiner geworden. Und das will man durch Lohnsenkung und Verschlechterung der sonstigen Leistungen an die Arbeiter wieder wettmachen.

Das darf auf keinen Fall geduldet werden, weil daraus der privaten Profitgier vielleicht gedient wäre, die volkswirtschaftliche Krise sich aber nur verschlimmern müßte. Mehr als je gilt nämlich in dieser Zeit die Lohntheorie der Gewerkschaften, wonach nur durch Steigerung der Kaufkraft eine Wirtschaftsbelebung erfolgen kann. Jede einzelne Mark, die heute nicht unbedingt sonstwo gebraucht wird von der privaten Wirtschaft, muß in den Konsum, das heißt in Preisherabsetzung oder Lohnerhöhung gepreßt werden. Das Wort von der Eigenkapitalbildung hat heute nur noch Sinn im Sparprozeß. Der privatkapitalistische Wirtschaftsapparat ist sowohl quantitativ als auch qualitativ über die Grenze des normal Notwendigen hinausgediehen. Fast überall haben wir zur Zeit eine Ausnutzung der Leistungsfähigkeit von höchstens 50 Prozent. Die Hoff-

nung auf Belebung der Produktionsmittelindustrie und Belebung der Anlagetätigkeit, die bisher als sicherster Ausweg aus Wirtschaftskrisen galt, kann heute keinen Raum mehr finden. Wir können und müssen uns auf lange Sicht nur mit der Erhaltung und Erneuerung des schon bestehenden Wirtschaftsapparats abfinden. Dabei muß auch der Begriff der Rentabilität im natürlichen Sinne, als „angemessene Verzinsung des aufgewendeten Kapitals“ umgebogen werden.

Wir kämpfen heute einen wirtschaftlichen Existenzkampf. Also muß alles auf die Erhaltung der Existenz an sich eingestellt werden. Es gilt die Sicherung des materiellen Daseins, nicht aber die Befriedigung eines wirtschaftlich erworbenen Anrechts kraft Kapitalbesitzes. Wir wollen damit sagen: In dieser Zeit müssen auch die Ruhrzechenbesitzer zufrieden sein mit einer einfachen Erhaltung des Vorhandenen im Rahmen des produktionswirtschaftlich Notwendigen. Wie wir das meinen, sei durch folgende Fragen illustriert:

Sind die 83 Zechen, die nach Herrn von Loewenstein seit 1924 stillgelegt wurden, also aus dem Produktionsmechanismus ausgemerzt wurden, auch aus der Kapitalsumme gestrichen worden, die einer Rentabilitätsberechnung zugrunde liegt?

Und weiter: Wird um den Teil, um den die Gesamtförderung zurückgegangen ist, um den also auch der Produktionsmechanismus dem Werte nach nicht an der Förderung beteiligt ist, auch die Gesamtsumme des investierten Kapitals herabgesetzt bei Feststellung der Rentabilität?

Das sind, privatkapitalistisch gewertet, sehr dumme Fragen. Volkswirtschaftlich und insbesondere sozialwirtschaftlich aber umschließen sie ein sehr wichtiges Problem. Und das sind weiter Fragen, die an den Sinn des privatkapitalistischen Wirtschaftens überhaupt heranführen. Es ist eben die grundsätzliche Auffassung vom Sinn der Gesellschaftswirtschaft, was uns von den Kapitalbesitzern trennt. Wir sehen den Sinn des Wirtschaftens in der Bedürfnisbefriedigung, die auf ökonomische Güter gerichtet ist. Die Kapitalbesitzer sehen den Sinn des Wirtschaftens in der angemessenen Verwertung ihres Kapitals. Sie wollen für ihr einmal erworbenes und angelegtes Kapital eben einen angemessenen Profit. Nur in dem Maße, in dem dieser angemessene Profit erzielt wird, hat das Wirtschaften für sie Interesse, dort wo

der Profit in Gefahr

gerät, dort beginnt für sie die Wirtschaftskatastrophe. Nichts anderes besagt das Wort von Herrn Brandt, als daß eben der eingeschrumpfte Produktionsapparat und die eingeschrumpfte Förderung des Ruhrbergbaues nicht mehr die gleiche Profitmasse abwirft, die zur „angemessenen“ Verzinsung des im gesamten Ruhrbergbau stehenden Kapitals notwendig ist und wie man sie vielleicht in der Hochkonjunktur und bei Vollbeschäftigung aller Zechen erwarten könnte.

Aber kann man dafür den Bergmann verantwortlich machen und bluten lassen? Selbst wenn man das könnte, das darf man eben nicht! Das würde, wie bereits dargelegt, die Krise eben nur verschärfen. Die Bergangehenheit hat ja bewiesen, daß die Theorie: Lohnsenkung — Preisentwertung — Wirtschaftsbelebung nicht richtig ist. Eine Wirtschaftsbelebung kommt eben nur von der Marktfseite her, also von der Belebung des Kaufgeschäftes. Das ist heute aber nur noch möglich, wenn die Kaufkraft der Massen gehoben wird. Wir sagten schon, daß man früher den Aufstieg erwartete über die Belebung des Produktionsmittelmarktes, also über die Errichtung von neuen Produktionsstätten oder Vergrößerung bzw. Verbesserung der alten. Da aber hierfür aus den besagten und bekannten Gründen keine Möglichkeit besteht, muß der andere Weg beschritten werden, der über die Belebung des Marktes der Konsumgüter führt durch Stärkung der Kaufkraft der Arbeiterschaft.

Es ist also nicht so, daß diese Krise überwunden würde, wenn die „Zwangsbewirtschaftung von Löhnen und Preisen“ beseitigt wäre, sondern wir glauben, daß gerade diese Zwangsbewirtschaftung vor noch tieferem Abwinken ins wirtschaftliche Elend und damit vielleicht vor großen sozialen Erschütterungen bewahrt hat. Hoffentlich sieht man das an den maßgebenden Stellen ein und läßt sich nicht von dem reaktionären Treiben der Ruhrindustriellen auf ein anderes Gleis verschieben. All denen aber, die sich von den Reden dieser Herren angezogen fühlen, möchten wir nur die Worte Lujo Brentanos zurufen:

Will man die soziale Revolution?

Kleinstes zu Kleinem.

Kommt das Kleinste zu dem Kleinen,
Dann ist es schon etwas mehr,
Und wenn sich mehr Kleine einen,
Wird es mehr und immer mehr.
Wenn man immer wieder schichtet
Viel der Kleinen zu den Kleinen,
Aller Sinne gleichgerichtet,
Die die gleichen Ziele einen,
Dann wird aus dem Viel das Ganze,
Eine riesenstarke Kraft,
Die in hellem Waffenglanze
Kühn und treu das Große schafft!
Aber merke: Soll das Ganze
Dich zum Menschheitssiege führen,
Soll es stolz im Siegerkranze
Einst die Siegestrommel rühren,
Dann darf keines von den Kleinen
Seiner Fahne untreu werden!
Nur wenn alle Kleinen einen
Sich zum letzten Kampf auf Erden,
Dann erst kann der Sieg gedeihen,
Aus der Knechtschaft euch befreien!

Taeß.

Rationalisierungskosten im Bergbau.

Jeder Versuch, die Kosten der deutschen Rationalisierung, die sich etwa in der Zeit nach Beendigung der großen Inflation bis zum Eintritt der gegenwärtigen Wirtschaftskrise vollzog und in der Hauptsache auf Rationalisierung der Produktion und Erhaltung der Vorräte, die Lagerbildung, erstreckte, festzustellen, muß zu ungenauen Ergebnissen führen, weil selbst die Gesellschaften, die zu einer Veröffentlichung der Geschäftsvorgänge verpflichtet sind, sich nicht genau an die Wahrheit gehalten haben. Die Altschreibungen, die in den Bilanzen angegeben werden, bleiben weit hinter den wirklichen Aufwendungen zurück. Es ist gerade im Bergbau stark investiert worden, ohne daß diese Investitionen bilanzmäßig in Erscheinung treten und statistisch erfassbar sind. Immerhin berechnet das Konjunkturforschungsinstitut in einer Arbeit über die Kapitalneubildung und die Investitionen für die Zeit von 1924 bis 1928, daß in der deutschen Wiederaufbauperiode nicht weniger als 40 000 Mill. M. für Neuanlagen und Lagerbildung angelegt worden sind.

Von den Gesamtinvestitionen in Höhe von 39,3 Milld. M. entfallen 26,8 Milld. M. auf Anlagenzuwachs und 12,5 Milld. M. auf Lagerbildung. In den Gesamtinvestitionen ist die Industrie mit etwa einem Viertel = 9 Milld. M. beteiligt, die Wirtschaft der öffentlichen Hand mit etwa 15 Prozent = 5,9 Milld. M., die Wohnungswirtschaft mit 13,8 Prozent = 5,4 Milld. M., der Einzelhandel mit 5,1 Milld. M., die Energiewirtschaft mit 2,6 und das Handwerk mit rund 1,3 Milld. M. Wie bereits bemerkt, dürften die wirklichen Investitionen weit höher sein.

Der Bergbau ist verhältnismäßig stark an den Aufwendungen beteiligt. Die Berechnung des Konjunkturforschungsinstituts faßt unter dem Begriff „Schwerindustrie“ mit dem Steinkohlenbergbau auch die großen Eisengesellschaften zusammen, der Tatsache der verbundenen Wirtschaft Rechnung tragend. Für die Schwerindustrie, unter der

der Steinkohlenbergbau

rangiert, ergeben sich für die Zeit von 1924 bis 1928 zufällig: Anlagen in Höhe von 724 Mill. M. Erfasst man die Aktiengesellschaften, so war 1924 ein Anlagenbestand von 2460 Mill. M. vorhanden. Bis Ende 1928 hat sich dieser Bestand um nicht ganz 22 Prozent erhöht. Damit liegen die Investitionen der Schwerindustrie unter dem Durchschnittsmaß, den man für die Gesamtindustrie berechnet hat (27,5 Prozent). Man muß aber besondere Methoden im Bergbau, mit denen man vor allem die Finanzierung der Neuanlagen durchführte, in Betracht ziehen, sofern sich kein falsches Bild ergeben soll. Einmal haben wir in der Schwerindustrie gigantische Fusionen gehabt, die sich in einer Herabsetzung des Kapitals — über die man im Zweifel sein kann, ob sie genügend war — äußert. Hier steht der Kapitalzuwachs eine Kapitalentwertung gegenüber. Andererseits ist die Rationalisierung im Steinkohlenbergbau, wie allgemein bekannt, bilanzmäßig nur zum Teil erfasst worden. Die eigentliche und produktions-technisch wichtige Rationalisierung, die Rationalisierung der Kohlengewinnung selbst durch Einsatz von Schmelzmaschinen mit Motoren, von Schrämmaschinen und Rollschneidern, die Verbesserungen im Lampenwesen sind nicht allein auf dem Anlagenkonto in Erscheinung getreten. Hier wurde nämlich über das Konto „Inkosten“ investiert und das Reichsfinanzministerium hat ja die Berechtigung dieser Maßnahme selbst ausgesprochen. Andererseits ist im Steinkohlenbergbau ein großer Teil der Rationalisierung nicht nur so nebenher, sondern in großem Maße in großem Umfang abgeschrieben worden. Die Abschreibungen sind zum Beispiel haben in der Zeit von 1924 bis Ende 1928 etwa 200 Mill. M. abgeschrieben. Das sind 20 Prozent des Anlagenbestands. Bei dem vom Konjunkturforschungsinstitut erforschten Aktiengesellschaften lassen sich bei einem Anfangskapital von 2460,5 Mill. M. Anlagenbestand in den Jahren 1924 bis 1928 Abschreibungen in Höhe von 1633 Mill. M. feststellen. Das ist ein Rekordwert! Die Investitionen im Steinkohlenbergbau dürften in Wirklichkeit weit über

dem Durchschnittsmaß liegen, wie das ja nur dem Umfang der Rationalisierung (Anlegung neuer Schächte trotz Stilllegung, Bau der Zentralkohle, Ausbau von Zechen in den Großkonzernen, Umstellung auf Chemie, die ganze Elektrifizierung usw.) entspricht. — Niedrig liegen auch die Anlageinvestitionen in der

Braunkohle.

Sie werden mit 63,5 Mill. M. berechnet. Darin enthalten sind aber nicht die Aufwendungen für Feldverkauf, die immerhin mit fast 50 Mill. M. anzusprechen sind. Geht man bei den erfassbaren Aktiengesellschaften von einem Anlagenbestand von 443 Mill. M. für das Jahr 1924 aus, dann ergibt sich eine Anlagesteigerung bis 1928 um 11,6 Prozent. Wie groß die Investitionstätigkeit in der Braunkohle aber gewesen sein muß und welche Mittel die Rationalisierung wirklich erfordert hat, geht wohl am besten daraus hervor, daß die erfassbaren Aktiengesellschaften bei einem Anlagezuwachs von etwa 50 Mill. M. offen etwa 200 Mill. M. abgeschrieben haben.

Im Erzbergbau

halten sich die Neuinvestitionen in Grenzen. Sie erstrecken sich auf Verbesserungen in der Aufbereitung und auf verbesserte Röstverfahren.

Von besonderem Interesse dürfte die Lagerbildung im Bergbau sein. Für die Schwerindustrie ergibt sich in der Wiederaufbauperiode eine Vermehrung der Vorräte um 215 Mill. M. und in der Braunkohle, was der Marktentwicklung bis 1928 entsprechen dürfte, eine solche um 4,7 Mill. M. Geht man von den Vorräten der erfassbaren Aktiengesellschaften aus, so steigerten sich die Vorräte der Schwerindustrie, die für 1924 mit 365 Mill. M. angegeben werden, um 50 Prozent, und in der Braunkohle (1924: 25 Mill. M.) um 16,7 Prozent. Der Satz liegt unter dem Durchschnitt der Wirtschaft. Andere Wirtschaftszweige (Textilindustrie und Nahrungsmittelgewerbe) weisen fast eine Verdoppelung der Vorräte auf. Allerdings hat im Steinkohlenbergbau infolge des englischen Bergarbeiterstreiks im Verlauf des Jahres 1926 ein Abbau der Vorräte um fast 160 Mill. M. stattgefunden. Die Erhöhungen in den Jahren 1927 und 1928 halten sich in Grenzen; in der Braunkohle läßt sich sogar eine Abnahme verzeichnen. Allem Anschein nach handelt es sich in beiden Fällen weniger um eine mengenmäßige Entwicklung und mehr um eine Bildung von stillen Reserven.

Die Kaliindustrie

einschließlich Salzgewinnung hat für Neuanlagen in der Wiederaufbauperiode etwa 126 Mill. M. investiert. Geht man von einem Anfangsbestand im Jahre 1924 von 238 Mill. M. bei den erfassbaren Aktiengesellschaften aus, dann ergibt sich bei Abschreibungen von mehr als 110 Mill. M. eine Anlagesteigerung

von 42 Prozent. Die Vorräte haben sich um etwa 23 Mill. M. gesteigert. Damit liegt bei den Aktiengesellschaften ein Steigerungstempo von etwa 81 Prozent vor. Ein großer Teil der Investitionen entfällt auf die Weiterverarbeitung (Mischdünger).

Der jüngste Zweig des deutschen Bergbaues, die Erdölindustrie,

zeigt mit 201 Mill. M. binnen fünf Jahren eine außergewöhnlich hohe Investitionstätigkeit. Bei den erfassbaren Aktiengesellschaften, die 1924 einen Anlagenbestand von 116 Mill. M. auswiesen, liegt eine Steigerung von 125 Prozent vor. Davon wurden 91 Mill. M. abgeschrieben. Die Vorräte erhöhten sich um 134 Mill. M. Das bedingt ein Steigerungstempo von 140 Prozent.

Man fragt sich immer wieder, wie die ungeheuren Kosten für die deutsche Rationalisierung aufgebracht worden sind und denkt dabei gewöhnlich an Auslandsanleihen. Nun, das Ausland hat, wenn man die Reparationsanforderung ausschaltet, mit etwa 5,9 Milliarden Mark zu den Kosten der Rationalisierung beigetragen. Was sonst aufzubringen war, wie wir oben gesagt haben rund 48,3 Milld. M., mußte das Land selbst aufbringen. Davon stammten etwa 3,9 Milld. M. aus der öffentlichen Hand (Hauszinssteuermittel) und 2,2 Milld. M. von den Sozialversicherungen, wo ja die Tendenz zur Zwangssparbildung vorliegt. Das andere ist private Sparkapitalbildung, d. h. man beteiligte die Arbeiterschaft nicht genügend an dem etwa 1925 und 1926 einfließenden Zustrom an Rationalisierungsgewinnen. Man drückte auf die Löhne und überhöhte die Preise. Das bedingte eine Steigerung der Unternehmergewinne, die wohl in der Wirtschaftsgeschichte beispiellos dasteht. So wurde die deutsche Rationalisierung bezahlt! So kann man erst ermessen, was es heißt, wenn die deutsche Arbeiterschaft ein Jahr zufällig für die Rationalisierung gearbeitet hat. Daß die Methoden dieser Finanzierung, die direkte Kapitalkonzentration durch Befragung der Arbeiterschaft, falsch waren, beweist die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Die im Rahmen der Rationalisierung vollbrachte Finanzierungsleistung steht wohl einzig da. Sie war aber nur möglich durch Druck auf die Kaufkraft, und manche neumontierte Maschine ist, volkswirtschaftlich gesehen, heute Schrott. So erklärt es sich, daß ein gut Teil der Neuinvestitionen in Höhe von 40 Milliarden Mark unrentabel ist. Die falsche Art und Weise, wie man die deutsche Rationalisierung finanzierte, trug schon den Keim einer bedenklich großen Kapitalentwertung und Kapitalvernichtung in sich. Das führte unmittelbar zum Kapitalkrisis, den wir jetzt in Konkursen und Aktienzusammenlegungen erleben.

Nicht nur die falsche Rationalisierung, sondern auch die falsche Finanzierung der Rationalisierung hat zur Verschärfung unserer Wirtschaftskrise und zur Desorganisation unserer Arbeitsmärkte beigetragen. F. O.

Rationalisierung als Bewegung.

Vor der Konferenz der Gewerkschaftsreparaturen hielt Herr Schäfer vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit einen Vortrag über das obige Thema. Wir geben den interessantesten Vortrag auszugswise wieder, ohne uns mit allen Einzelheiten einverstanden zu erklären. Im großen und ganzen ist aber der Vortrag eine Bestätigung unserer wirtschaftlichen Auffassungen, wie das besonders in einigen Partien (Kapitalfalschung, Fehlinvestierung) zum Ausdruck kommt.

Der Begriff „Rationalisierung“ wird verschieden ausgelegt. Man kann sagen, sie bedeutet, Wirtschaftlichkeit in die Produktion zu bringen, volkswirtschaftlich wie weltwirtschaftlich. Man könnte auch sagen, sie bedeutet Herrschaft des Geistes über den Stoff. Leipart sagt in einem Artikel der „Gewerkschafts-Zeitung“ über diesen Begriff, daß Rationalisierung Einparnung von Kapital und Arbeit zu dem Zweck bedeute, die Ergiebigkeit der Produktion zu steigern. Sie bedeute Steigerung

der Rentabilität. Das dürfte aber nicht die privatwirtschaftliche, sondern die volkswirtschaftliche Rentabilität sein, weil Zweck der Volkswirtschaft sein und bleiben müsse die möglichst vollkommene Befriedigung der Bedürfnisse des ganzen Volkes.

Die Rationalisierung ist ein lebendiger Vorgang, eine Bewegung, die nie zur Ruhe kommt. Sie entwickelt sich vom Technischen über das Kommerzielle zum Volkswirtschaftlichen und Weltwirtschaftlichen. Es ist aber ein Fehler, die Rationalisierung als etwas rein Mechanisches anzusehen. Sie ist nicht allein von dieser Seite zu begreifen, wenn auch diese erste Stufe mit ihren Auswüchsen besonders in Erscheinung getreten ist. Die vielfach erhobene Forderung, daß der Geheißgeber der Rationalisierung, die technische Entwicklung stoppen solle, ist unberechtigt. Die ganze Entwicklung ist etwas Geistiges, auf die wir Menschen stolz sein müssen. Es wäre Feigheit, vor diesem Fortschritt die Segel zu streichen

Die Steinkohlenindustrie in der Sowjetunion.

Die Steinkohlenversorgung ist eine Art „Engpaß“ für die Entwicklung der Industrie geworden. Die „Pravda“ vom 14. April schreibt: „Die Hauptfrage ist, dem Lande Kohle zu geben. Dieser Aufgabe muß alles andere untergeordnet sein.“

Der Fünfjahresplan hat die Kohlenindustrie vor sehr schwierigen Aufgaben gestellt. Die Kohlenförderung sollte von 35,4 Mill. T. im Jahre 1927-28 auf 75 Mill. T. im Jahre 1932-33 gesteigert werden. Obwohl die Steinkohlenindustrie das ihr im ersten Jahre des Fünfjahresplanes vorgeschriebene Programm nicht ganz eingehalten hatte (98,4 Prozent des Planes), wurde ihr Programm für das zweite Jahr im Zusammenhang mit der beschleunigten Durchsicherung des Fünfjahresplanes von 46,6 Mill. auf 52,1 Mill. T. erhöht. In der Praxis aber gelang es im Jahre 1929-30 nur 46,7 Mill. T. Kohle zu fördern, d. h. der neue Plan wurde um 10,7 Prozent durchgeführt und hielt sich quantitativ nur in der Höhe des früheren Planes. Was die Selbstkosten und Qualität der Erzeugnisse anbetrifft, blieb die Erfüllung hinter die Forderungen des Fünfjahresplanes zurück.

Uebersicht zeigt das zweite Jahr des Fünfjahresplanes die Nichterfüllung der vergrößerten Pläne in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Um diese Lücke einigermaßen zu verdecken, hat die Sowjetregierung eine Reform des Wirtschaftskalenders durchgeführt. Das dritte Jahr des Fünfjahresplanes sollte nicht, wie es bis jetzt in Sowjetrußland war, am 1. Oktober, sondern am 1. Januar beginnen. Die Zeit vom 1. Oktober 1930 bis zum 1. Januar 1931 sollte als besonderes „Sturm-Bevierjahr“ geteilt werden und es wurde eigentlich geplant, die ungenügenden Ergebnisse des verstorbenen Jahres in dieser Zeit zu korrigieren. Die Steinkohlenindustrie sollte in diesem Quartal 21,3 Mill. T. fördern. Da sich die Kohlenfront in diesem Sturmquartal die Aufmerksamkeit des ganzen Staatsapparates gerichtet wurde, war das Ergebnis viel höher als im letzten Bevierjahr 1929-30: es wurden 13,10 statt 9,21 Mill. T. gewonnen. Aber dabei wurden nur 61,3 Prozent des Anschlagplanes des Sturmquartals erfüllt.

Nachdem in dem ersten Quartal der Sowjetregierung bei der Festlegung des Industrieplanes für das Jahr 1931 unter dem Gesichtspunkt, die Brennstoffversorgung der Industrie zu sichern, das Programm der Kohlenförderung weiter zu erhöhen. Die Fördermenge wurde für das Jahr 1931 auf 86,6 Mill. T. festgesetzt, was die für das letzte Jahr des Fünfjahresplanes vorgesehene Gewinnung erheblich übersteigt. Aus dem Donezbecken

— dem wichtigsten Kohlenrevier Rußlands — wurde geplant, 56 Mill. T. zu erhalten.

Das abgelaufene erste Vierteljahr 1931 (Januar—März) hat aber gezeigt, daß die Produktion nur 65 bis 70 Prozent des Planes ausmacht und hinter der des Sturmvierteljahres zurückbleibt. Im Dezember 1930 wurden 4,745 Mill. T. gewonnen, im März 1931 nur noch 3,877 Mill. T. *) Im Donezbecken, wo man mit 15 Mill. T. Förderung gerechnet hatte, wurden im Januar 72,2 Prozent, im Februar 58,5 Prozent, im März etwa 55 Prozent, im ganzen Vierteljahr nur 61,1 Prozent des Planes erfüllt, was ein Defizit von 5,8 Mill. T. Kohle ausmacht. Da das Kohlenförderungsprogramm dem Industriebedarf angepaßt wurde, so wird das Nichterhalten der Pläne von der Industrie sehr hinderlich empfunden. Dabei ist noch festzustellen, daß die Selbstkosten viel höher sind und die Qualität der Kohle viel schlechter ist als es im Plan vorgesehen war.

Die Sowjetregierung hat die Erweiterung der Kohlenproduktion darauf aufgebaut, daß eine Reihe neuer Schächte in Betrieb genommen und in den vorhandenen Schächten maximale Mechanisierung durchgeführt werden sollte.

Die Kohlenförderung aus den neuen Gruben sollte im Jahre 1931 etwa 15,5 Mill. T., darunter 7 Mill. T. im Donezbecken ausmachen. Aber auf dem Gebiete der Neuanlagen im Kohlenbergbau ist die Lage überhaupt sehr ungünstig. Diese Anlagen erfordern außerordentlich hohe Kapitalinvestitionen, was bei der schlechten finanziellen Lage Sowjetrußlands nicht im erforderlichen Maße möglich ist. Der Neubau selbst vollzieht sich meistens unter sehr unbefriedigenden Bedingungen. Die Forschungs- und Feststellungsarbeiten werden nicht rechtzeitig durchgeführt. Und ohne diese unumgänglichen Grundlagen zu haben, fängt man mit dem Bau an. Von den 14 Großschächten, die „Schachtstroj“ im laufenden Jahre zu bauen beginnt, sind nur für zwei die geologischen Gutachten vorhanden. Auch ist es mit Entwürfen sehr schlecht bestellt. Ihre Ausarbeitung bleibt hinter der Bauausführung zurück, und die Bauarbeiten werden in Gang gesetzt, bevor man die genauen Entwürfe fertig hat. Die Bauzeit ist sehr lang, sie beträgt für die Großschächte 5 bis 7 Jahre. Die Zeitung „Sozialistische Industrija“ vom 10. April schreibt über den Schächtenbau: „In keinem Zweige der Industrie haben wir ein so schändliches Zurückbleiben hinter den Plänen wie im Schächtenbau. Schon während einiger Jahre hatten wir systematisch die

festgesetzten Fristen für den Beginn der Förderung aus den neuen Schächten nicht ein, von Monat zu Monat schieben wir die Inbetriebnahme neuer Werke hinaus.“ Die eigentlichen Bergarbeiten werden sehr langsam ausgeführt. Wenn es endlich so weit ist, fehlt es oft an der notwendigen Ausrüstung, da der Import durch Valutamangel eingengt ist, die russischen Werke aber außerstande sind, die Maschinen im nötigen Umfang zu produzieren. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, wenn viele neue Schächte, wo man mit Kohlengewinnung im laufenden Jahre gerechnet hatte, nicht rechtzeitig fertig geworden sind. So wurde für den Schacht OGBU der Termin der Inbetriebnahme sechsmal verschoben, und wegen der fehlenden Ausrüstung wird dieser Schacht, der dem Plane nach pro Jahr etwa 1 Mill. T. Kohle geben sollte, noch viele Monate nicht voll fördern können. Aus demselben Grunde kann der Schacht Karl mit der vorgesehenen täglichen Produktionskapazität von 2000 bis 2500 T. nicht in Betrieb genommen werden. Diese Lage auf dem Gebiete der Neuanlagen macht die Aussichten der Kohlenförderungserhöhung in den folgenden Jahren sehr unsicher; aber auch im laufenden Jahre wirkt sich diese Tatsache in der Verminderung der geplanten Förderungsmengen aus.

Jedoch selbst in den funktionierenden Gruben werden die festgesetzten Programme nicht erfüllt. Die Ursache liegt darin, daß das Ausmaß dieser Programme die Möglichkeiten der technischen Ausrüstung, der Versorgung mit nötigen Materialien und Arbeitskräften weit übersteigt. In den Zeitungen wird systematisch über Arbeitsausfälle in den Gruben berichtet, die durch Einkürzen der Schächte, durch Verschüttung der Stollen, durch Beschädigung der Schrämmaschinen oder der Hebewinden, durch Reissen der Stahlfelle oder der Transportbänder usw. verursacht werden. Es fehlen die nötigen Maschinen, Werkzeuge und Ersatzteile. Die Kohlenreviere leiden auch sehr stark unter dem Mangel an elektrischer Stromversorgung. Außerdem entstehen große Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der Mechanisierung der Kohlengewinnung.

Die größtmögliche Mechanisierung sollte am meisten zum Anwachsen der Kohlenförderung beitragen. Im Jahre 1928 bis 1929 machte die auf maschinellem Wege gewonnene Kohle 25,8 Prozent, im Donezbecken 30,3 Prozent der Gesamtförderung aus (an der Ruhr 95 bis 96 Prozent — Red.). Für das Jahr 1931 wurde vorgesehen, die Mechanisierung für das Donezbecken auf 78,6 Prozent, für die östlichen Reviere auf 42 Prozent, für das Moskauerbecken auf 52 Prozent zu erhöhen. Der Umstand, daß in Sowjetrußland der Staat die ökonomische Macht in seinen Händen konzentriert, eröffnet zweifellos eine viel größere Möglichkeit für die Durchführung der Pläne einer industriellen Rekonstruktion und Rationalisierung als es in kapitalistischen Ländern möglich

*) Die Kommunisten mußten selbst, daß das Programm überspannt ist. So schreibt die Zeitschrift „Wege der Industrialisierung 1931“: „Im ganzen gesehen, ist das Programm der Kohlenförderung im ersten Vierteljahr... als angepannt genug zu betrachten.“

und etwa mit Polizeigewalt eingreifen zu wollen in Fragen, die Lebensfähigkeit der Nation sind. Technik und Wirtschaft sind für den Menschen da, deshalb soll er versuchen, sie zu beherrschen.

Besondere Ursache der Rationalisierung in Deutschland war der Krieg, der Waren hunger nach der Kriegszeit. Unternehmer und Arbeitnehmer mußten sich einig sein, diesen Waren hunger zu befriedigen. Der technische Apparat unserer Wirtschaft muß auch so vollkommen sein, daß er bei der zu hoffenden Besserung der Konjunktur größeren Ansprüchen gewachsen ist. Weil man in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes Verantwortung für eingetretene Notstände sucht, hat man auch in erster Linie die Rationalisierung verantwortlich gemacht für die massenhafte Arbeitslosigkeit. Hier möchte ich, als Verteidiger der Rationalisierung auftreten. Technischer Fortschritt führt zunächst zur Arbeitslosigkeit, es muß aber verjüngt werden, diese schädlichen Begleiterscheinungen zu bekämpfen. Das führt zur zweiten Stufe der Rationalisierung, der

kommerziellen Rationalisierung.

Ihre Aufgabe ist die Steuerung der technischen Rationalisierung nach wirtschaftlichen Grundsätzen. Es ist zu unterscheiden zwischen echter und unechter Rationalisierung. Die letztere, z. B. infolge falsch angelegten Kapitals, bedeutet eine volkswirtschaftliche Last. Auf diesem Gebiet sind schwere Vorwürfe gegen deutsche Unternehmungen berechtigt, weil große Kapitalien kurzfristig angelegt, falsch investiert wurden, so daß sie in diesem Umfang heute nicht mehr genügend verzinst und amortisiert werden können. Als Nebenerscheinung trat in Deutschland hinzu die außerordentliche Zinshöhe. Aber gerade diese Zinshöhe in der Zeit von 1924 bis 1928 hätte es zur Pflicht gemacht, mit Kapitalanlagen doppelt vorsichtig zu sein. Aber auch hier gibt es eine Entschuldigung: der Waren hunger, der befriedigt werden wollte, schaltete die notwendige Vorsicht aus. Heute stehen wir in Verhältnissen, die unbedingt einen radikalen Kapitalchnitt erfordern, damit Anlageverhältnisse und Rentabilität wieder in ein vernünftiges Verhältnis kommen.

Die Frage der Lebenshaltung hängt zusammen mit der Frage der Preisspanne. Anfang 1930 betrug nach Professor Hirsch der Wert der in Fertigung und Lagerung vorhandenen Güter in Deutschland 30 Milliarden Mark, entsprach also ungefähr einem Jahreswert der Produktion von Industrie und Handwerk in Deutschland. Nun sind die Weltmarktpreise für Rohstoffe außerordentlich gesunken. Der Kampf des Warenbesitzers um Erhaltung seiner Substanz drückt sich deshalb sinnfällig aus in dem Bestreben, die Preise zu halten, da sonst diese Waren mit enormen Verlusten verkauft werden müßten.

Aufgabe der kommerziellen Rationalisierung ist es, Methoden in den Einkauf zu bringen, vernünftige Lagerhaltung mehr in den Vordergrund zu stellen und Vorausplanung des Kapitalbedarfs herbeizuführen. Dazu ist notwendig, die mangelhafte Statistik zu verbessern und zu vereinheitlichen. In das statistische Gebaren alles wirtschaftlichen Geschehens Ordnung und Fortschritt zu tragen, ist auch eine Aufgabe des RAB.

Das große Gebiet des planmäßigen Absatzes in Verbindung mit dem Gebiet der Hauswirtschaft erfährt durch das RAB besondere Pflege. Die planmäßige Absatzgestaltung bedingt auf dem Gebiet der Landwirtschaft Güteklassengesetze usw. In dieser handelsstechnischen Richtung der Landwirtschaft zu helfen, ist eine wichtige Aufgabe. Die Landwirtschaft erzeugt für 13 Milliarden Mark Produkte und verbraucht davon selbst für 3 Milliarden Mark. Der Rest im Werte von 10 Milliarden Mark kommt für 22 Milliarden Mark zum Verkauf! Daß diese Zwischenhandelspanne von 120 Prozent keine Berechtigung hat, liegt auf der Hand. Hier nur 20 Prozent für den Erzeuger abgezweigt, heißt Arbeitslosigkeit von 300 000 Menschen beseitigen.

Planmäßige Betriebsuntersuchungen.

wie das RAB, sie durchführt, ergaben sich aus dem Widerstreit zwischen zwei Granitblöcken in der Wirtschaft: Lohnsystem und Kartellsystem. Absolute Klarheit über die Wirtschaftsvorgänge in den einzelnen Branchen zu haben, ist nicht nur allgemeine

Notwendigkeit, sondern ist auch in Spezialfragen, für den amtlichen Schlichter usw. wichtig. Das RAB untersucht bei einer Anzahl von Firmen, die groß genug sind, und die standortmäßig, tarifmäßig usw. über das Reich verstreut sind, daß sie als Durchschnitt gelten können, die Geschäftsvorgänge an Hand der Bücher, der Fabrikations- und Verwaltungsvorgänge. Es bekommt so ein querchnittmäßiges möglichst wahrheitsgetreues Bild. Die Untersuchungsergebnisse werden in einem Bericht an die Branchen dargestellt, der gemeinsame Fehlerquellen aufzeigt und Abhilfevorschlüsse macht.

Der Mensch im System der Rationalisierung

spielt eine besondere Rolle, wie das auch in den Berichten zum Ausdruck kommt. Auch in der Frage der Kostensenkung tragen diese Berichte manches neue Licht. Die fixen, unveränderlichen Kosten: Kapitaldienst, Steuern, soziale Lasten sind gewissermaßen gottgewollte Dinge, an denen nichts zu ändern ist (?). Die beweglichen Kosten können in großem Umfang geändert werden. In einem großen Betrieb der Lebensmittelbranche waren 240 Arbeiter beschäftigt, als Folge bisher unausrottbarer

Arbeitskammer-Neuwahlen für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets.

Durch Verfügung des Preussischen Oberbergamts in Dortmund vom 13. Februar 1931 ist mit der Leitung der Neuwahlen der Arbeitskammer der derzeitige geschäftsführende Vorsitzende der Arbeitskammer, Herr Markus Tröll (Bochum) bzw. dessen Stellvertreter Herr Generaldirektor Dr. Wiskott (Essen) gemäß § 12 der Verordnung über die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau vom 8. Februar 1919 beauftragt worden.

Der Wahlkommissar hat inzwischen unterm 5. Mai 1931 für die Neuwahlen Wahlauschreiben erlassen, die am 19. Mai d. J. auf den einzelnen Schachtanlagen zum Aushang gebracht werden. Hiernach findet die Neuwahl auf den einzelnen Schachtanlagen im Bezirk des Oberbergamts Dortmund und des Bergreviers Krefeld

am Donnerstag, dem 9. Juli 1931,

statt. Die Vorschlagslisten sind

vom 19. Mai bis einschließlich 1. Juni 1931

dem Wahlkommissar (Geschäftszimmer der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets in Essen, Bürohaus Glüdauf, Rüftenscheider Straße 2) einzureichen.

Vom 26. Mai bis zum 1. Juni 1931

liegen die Wählerlisten auf den einzelnen Schachtanlagen zur Einsicht aus. Einsprüche gegen die Wählerlisten sind zur Vermeidung des Ausschusses spätestens

am 1. Juni 1931

bei dem zuständigen Wahlvorstand anzubringen.

Wahlberechtigte, die in Gemeinden wohnen, in welchen keine örtliche Wahlstelle eingerichtet ist, können ihre Stimmzettel brieflich dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes ihres Stimmbezirks in der Zeit

vom 7. bis 9. Juli 1931

in verschlossenen Umschlägen unter Beifügung eines ihrer Person kennzeichnenden Anschriftens überenden.

Für die Wahl der Arbeiter sind 215 und für die Wahl der Angeestellten 212 Stimmbezirke gebildet. — Wahlberechtigte Arbeiter sind zur Zeit 242 761 und wahlberechtigte Angestellte 20 424 vorhanden.

* *

Kameraden! Sorgt dafür, daß unser Verband auch bei dieser Wahl führend sein wird!

Sünden, aber noch 123 kaufmännische Angestellte! Der Betrieb hat eine ansehnlich ausgezeichnete Organisation, ist aber bei Fortsetzung derselben in einhalb Jahren pleite. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen geben Klarheit über Mögliches, auch Material für Lohnbewegungen usw. Hier muß das Ziel Gemeinschaftsarbeit sein!

Das volkswirtschaftliche System der Rationalisierung

müß sich mit aktuellen Fragen beschäftigen, insbesondere auch mit Fragen der Beziehungen des Menschen zu seiner Arbeit. Diese Frage muß notwendigerweise ein Programm für den Reichstag im vorigen Jahre zum Beschluß erhobenen sozialdemokratischen Antrag verlangt wurde. Der rechte Mann an dem rechten Platz war schon lange eine berechtigte Forderung. Wenn nur immer der rechte Platz für den rechten Mann frei wäre! Kürzlich ist für das Studium dieser Frage vom RAB ein besonderer Ausschuss eingesetzt worden. Diese Untersuchungen sind notwendig, denn heute spricht man viel über Erscheinungen im Wirtschaftsleben, ohne sich über ihre Ursachen klar zu sein.

Wirtschaftliche Machtpolitik und groteske Kapitalleistungen

sind auch Ursache der unbefriedigenden Wirtschaftsverhältnisse. Sie müssen überwunden werden, um zu einem harmonischen Gleichklang zwischen den drei Grundelementen der Wirtschaft zu kommen: zwischen Kapital, Unternehmer und Arbeiter. Absolute Gleichberechtigung dieser drei Elemente muß wirtschaftliche Grundlage weltwirtschaftlichen Geschehens sein. Kapitalarmut Deutschlands bedeutet noch nicht Kreditunfähigkeit. Mit Hilfe des Kredits muß der deutsche Produktionsapparat leistungsfähig erhalten bleiben. Wenn er heute zu 30 Prozent unterbeschäftigt ist, so muß er doch jederzeit hundertprozentiger Anforderung genüge leisten können. Kredit braucht und braucht die deutsche Wirtschaft, aber er muß aus machtpolitischen Gründen zu teuer. Die Geldhortung spielt hier eine gewisse Rolle und deshalb ist es erfreulich, daß Frankreich jetzt zum ersten Male seit vier Jahren Gold nach London und weiter nach New York schickt.

Die Vertrauenskrise in der Weltwirtschaft

müß beseitigt werden, ehe wir zu gefunden Zuständen kommen können. Verkapitalisiert muß zu normalem Zins erhältlich sein. Die deutsche Kapitalwirtschaft hat sich allzusehr leiten lassen von dem Prinzip rentabler Anlage bei dem Geld, das sie selbst noch hatte. Für langfristige Hypotheken mußte man zeitweise doppelt so hohe Zinsen zahlen wie für kurzfristigen Kredit. Die deutsche Pfandbriefpolitik machte die deutschen Pfandbriefe untauglich zum internationalen Geschäft. Die Hypothekendarlehen nahmen von ihren Schuldner vier Wochen Zins, ehe sie selbst ihren Gläubigern gegenüber leisteten. Unpassung der Produktion an den Bedarf im Sinne vernünftiger nationaler und internationaler Rationalisierung muß kommen. Technisch werden die Voraussetzungen dafür immer mehr geschaffen. Das RAB bezieht auf Grund eines neuen Vertrages Spitzenstrom aus der Schweiz auf einer 320 000-Volt-Schiene, transformiert ihn und verkauft ihn sehr billig weiter. Das ist ein weiterer Schritt auf dem Wege, Europa einheitlich zu versorgen. Ähnliches wäre auf dem Gebiet der Kohle und des Eisens, der Kunststoffe usw. möglich. Die Wirtschaft muß in nationaler Verbundenheit von Kapital, Unternehmer und Arbeiter betrieben werden, darüber hinaus muß die Entwicklung international gesteuert werden im Sinne bester Organisation, um die Arbeitsfreudigkeit der Menschen zu heben und ihre vernünftige Versorgung mit Bedarfs-gütern zu sichern.

Dem Vortrag folgte eine rege Debatte, an der sich die Kollegen Limberg, Dittmer, Schließ, Dr. Judith Grünfeld und Scheffler beteiligten. Einige Grundgedanken des Vortrages wurden unterstrichen, so die Notwendigkeit, Kapital und Ertrag durch Kapitalzusammenlegung usw. in ein einträgliches Verhältnis zueinander zu bringen. Für Rationalisierungen wurden eine Anzahl Beispiele beigebracht, so aus dem Bergbau, der Eisenindustrie usw. Der „Gleichklang“ zwischen Kapital, Unternehmer und Arbeiter fand dagegen nicht die vom Redner gewünschte Gegenliebe in der Versammlung.

wäre. So sehen wir zum Beispiel, wie stark die Volkswirtschaft Englands darunter leidet, daß die Kohlenruben klein und ihre Ausnutzung veraltet ist, aber jeder Versuch einer Rationalisierung des englischen Bergbaus stößt auf den Widerstand der vielen Rubenbesitzer. In Sowjetrußland wird die Mechanisierung laut den Beschlüssen der Regierung durchgeführt, und das führt schließlich zum technischen Fortschritt im Bergbau, zur Vorbereitung der Bedingungen für die weitere Produktionssteigerung. Aber gleichzeitig zeigt dieser Versuch der Mechanisierung, daß bei den angenommenen Zeitmaßen der Industrialisierung in Sowjetrußland, bei den ungünstigen objektiven Verhältnissen des wirtschaftlichen Aufbaues solche Schwierigkeiten entstehen, die die Maßnahmen zur Rationalisierung oft vereiteln.

Die Mechanisierung wurde ohne Vorbereitung anderer Produktionsselemente, ohne Beachtung der Komplikationen, die bei so großem Ausmaß der Rekonstruktion entstehen können, in Angriff genommen.

Der Mangel an Kapitalien führt dazu, daß die Mechanisierung der Förderung nicht von einer gleichzeitigen Mechanisierung des innerbetrieblichen Transportes begleitet wird. Die auf maschinellem Wege gewonnene Kohle wird hauptsächlich mit Pferdewagen oder sogar mit Handwagen abtransportiert, was die Arbeit der Maschine unvermeidlich hindert. Außerdem leidet die maschinelle Gewinnung noch mehr als die Handarbeit unter dem Fluktuieren der Arbeiter im Bergbau. Um die Arbeit auf den neuen Maschinen verrichten zu können, muß der Arbeiter die Maschine kennenlernen, eine bestimmte Zeit mit ihr arbeiten. Der unerfahrene Arbeiter kann die Maschine nur schlecht bedienen. Die unsachmännische Behandlung der Maschine führt immer zu Beschädigungen, was große Arbeitsausfälle verursacht. Diese negativen Erscheinungen könnten durch längere Praxis, durch die nach und nach gesammelten Erfahrungen beseitigt werden. Aber dieses Resultat wird durch die Abwanderung der Arbeiter vereitelt. Die Arbeiter an den Maschinen wechseln fortwährend, und jeder muß von vorn anfangen. Die Organisation der Arbeit bei der Mechanisierung bringt noch dazu mit sich, daß das Ausbleiben eines Maschinisten die Arbeit einer ganzen Gruppe föhrt und große Arbeits- und Produktionsausfälle bedingt. Unter diesen Umständen ist die Ausnutzung der Schrämmaschinen sehr unbefriedigend und wird immer schlechter. Im Januar wurden im Donezbecken 79,7 Prozent, im Februar 72,9 Prozent der Leistungsfähigkeit der Schrämmaschinen ausgenutzt. Der Anschlag für die mechanisierte Kohlenförderung konnte deswegen nur zu 56,8 Prozent durchgeführt werden. Diese Resultate fallen besonders schwer ins Gewicht, weil dadurch, daß man die Mechanisierung in den Vordergrund stellte, die manuelle Förderung, die allerdings noch ungefähr ein Drittel der Gesamtförderung aus-

machen sollte, vernachlässigt wurde, und ihre Ergebnisse sich deshalb ebenfalls verringerten. Viele qualifizierte alte Häuer werden in mechanisierten Schächten nur noch für die Hilfsarbeiten verwendet und gehen für die Handgewinnung verloren.

Das Problem der Arbeit wird immer mehr zum Stein des Anstoßes in der Kohlenindustrie. Die Versuche der Sowjetregierung, gegen die Abwanderung der Arbeiter mit Repräsentien zu kämpfen, hat keine guten Ergebnisse gezeigt. Während des Sturmwierjahres sind nach dem Donezbecken 118 000 Arbeiter hinzugekommen, aber 58 000 sind von dort fortgezogen. Im Frühling wird die Lage noch bedenklicher, da ein Teil der Belegschaft, der mit der Landwirtschaft noch verbunden ist, aufs flache Land zurückkehrt, um an den Feldarbeiten teilzunehmen. Diese Tendenz war schon im vorigen Jahre durch die Politik der Kollektivierung stark verschärft; jetzt hat die Forcierung der Kollektivierung, die die Sowjetregierung von neuem betreibt, wieder zu noch größerer Flucht der Arbeiter beigetragen. Im April sind im Donezbecken 45 000 Arbeiter weniger da als es für die Durchführung der Förderungspläne nötig wäre, und die Abwanderung der Arbeiter wächst immer mehr. Allein an einem Tage, am 15. April, haben im Donezbecken 5442 Arbeiter gekündigt, darunter 2065, die direkt vor Ort arbeiteten.

Außer durch das Fluktuieren der Arbeiter wird die Produktionsentwicklung auch durch Ausbleiben der Arbeiter sehr ungünstig beeinflusst. Die Zahl der bei der Arbeit fehlenden Arbeiter ist außerordentlich groß und erreicht in einigen Schächten nicht selten 30 bis 40 Prozent der gesamten Belegschaft.

Die Frage der Versorgung des Bergbaues mit Arbeitskräften und der Erhöhung der Arbeitsleistung steht als eine wichtige Aufgabe vor der Sowjetregierung in ihrer Bemühung, die Belieferung der Industrie mit Brennstoffen zu sichern. In der letzten Zeit mußte die Sowjetregierung gewahr werden, daß weder mit Repräsentien noch mit den Methoden der „Stoßbrigaden“ oder des „sozialistischen Wettbewerbs“ die Hebung der Produktion zu erreichen ist, wenn die Lebensbedingungen der Bergarbeiter so schlecht bleiben, wie sie es bis jetzt waren.

Der Mangel an Lebensmitteln und an Industrieprodukten macht gegenwärtig die Lage des gesamten Proletariats in Sowjetrußland sehr schwer. Aber die Bergarbeiter sind besonders schlimm daran. Ihre außerordentlich schwere Arbeit wird schlechter bezahlt als in anderen Industriezweigen. Die Wohnungs-krise lastet auf ihnen besonders erdrückend und verschärft sich katastrophal. Im Jahre 1927 entfielen auf einen Bergarbeiter im Donezbecken 6,4 Quadratmeter Wohnfläche, jetzt — nach offiziellen Angaben — nur noch 3,7 Quadratmeter. Aus einigen Bezirken wird berichtet, daß dort für einen Arbeiter weniger als zwei Quadratmeter Wohnfläche vorhanden sind. Meistenteils wohnen

die Bergarbeiter in engen schmutzigen Baracken, wo man kaum Platz zum Schlafen hat. Es ist in den Bergrevieren auch sehr schlecht mit kommunalen Einrichtungen bestellt. In vielen Orten gibt es keine Wasserwerke, oder wo solche vorhanden sind, liefern sie unfiltriertes Wasser. Das ganze Donezbecken leidet unter dem Mangel an Trinkwasser. Es gibt meistens keine Kanalisation, keine Badeanstalten, die Straßen sind nicht geflebert, die Straßenbeleuchtung fehlt.

Auf der ersten Konferenz der Industriebetriebsfunktionäre der Sowjetunion, die im Februar 1931 in Moskau stattfand, mußte der stellvertretende Volkskommissar der Arbeit, Kravall, gestehen: „In vielen Fällen muß man das Fluktuieren der Arbeiter auf das nachlässige Verhalten der Betriebsleiter in bezug auf Lebens- und besonders Wohnbedingungen der Arbeiter zurückführen.“

Die zutage tretende Unmöglichkeit, unter solchen Umständen die Steinkohlegewinnung entsprechend den Plänen zu erhöhen, hat die Sowjetregierung dazu bewegt, eine Reihe von Maßnahmen zur Besserung der Lage der Bergarbeiter anzutun. Seit dem 15. Februar sollen die Tarifätze der qualifizierten Arbeiter unter Tage um 20 Prozent erhöht werden. Der Beschluß des Zentralkomitees der RPSU vom 25. März 1931 sieht möglichst schnelle Verlegung der Arbeiter der Steinkohlenindustrie mit Wohnungen durch Beschleunigung des Wohnungsbaus vor. Außerdem hat das Zentralkomitee der ukrainischen RPS den dafür verantwortlichen Instanzen vorgeschrieben, verschiedene Maßnahmen zur Hebung der Lebensweise der Bergarbeiter durchzuführen: es sollen die Wohn- und Ernährungsverhältnisse gebessert und die Versorgung des Donezbeckens mit Industrieprodukten vergrößert werden, es sollen verschiedene kulturelle Veranstaltungen mehr Förderung durch die Behörden finden.

Dieser Weg, den die Sowjetregierung den Bergarbeitern gegenüber eingeschlagen hat, ist zweifelsohne der einzig richtige, um gegen die Abwanderung der Arbeiter und die niedrige Arbeitsleistung zu kämpfen. Aber ob diese Maßnahmen bei der heutigen Politik der Kommunistischen Partei durchzuführen sind, bleibt eine offene Frage. Die Lage der Arbeiter in Rußland ist nicht deswegen schlecht, weil die Sowjetregierung nicht gewillt wäre, für sie bessere Lebensbedingungen zu schaffen, sondern deswegen, weil die forcierte „Leberindustrialisierung“ unvermeidlich nur auf Kosten des Verbrauches geschehen kann. Solange das Tempo der Industrialisierung nicht verlangsamt wird, bleibt wenig Aussicht dafür, daß es möglich sein wird, die Lage der Arbeiter bedeutend zu verbessern.

Für die Kohlenindustrie ist jedoch nur auf diesem Wege die Möglichkeit gegeben, sich die nötigen Arbeitskräfte zu sichern und die Produktion zu heben.

Die Brauns-Kommission zur „Arbeitsbeschaffung“.

Der Anfang Mai erschienene zweite Teil des Gutachtens der zur Prüfung der Arbeitslosenfrage eingesetzten Gutachterkommission *) beschäftigt sich mit der Frage der „Arbeitsbeschaffung“ und nimmt weiter Stellung zur „Arbeitsdienstpflicht“ und zur „Pflichtarbeit“.

Die Arbeitsbeschaffung.

Der grundsätzliche Teil des Gutachtens kann unsere Billigung finden, wenn auch zur Überwindung der Arbeitsmarktkrise eigentlich nichts gewonnen wird, weil zur Durchführung der ausgelegten an sich großzügigen Maßnahmen nur eine Kleinigkeit fehlt, nämlich Geld, Auslandsanleihen. Da letztere, wie das Gutachten betont, zur Zeit kaum aufzulegen sind, hat das Gutachten im Augenblick sehr bedingten Wert. Aber es hat doch einen recht großen Wert dadurch, daß es die systematische, organisierte und vom Reich beeinflusste Arbeitsbeschaffung als dringend notwendig erklärt. Die Arbeitgeber, und, von ihnen beeinflusst, ein Teil der Öffentlichkeit lehnen diese Form der Arbeitsbeschaffung grundsätzlich ab. Sie helfe gar nichts. Ja, sie schade nur, weil sie lediglich eine Verschiebung (und zwar eine unzweckmäßige und schädliche) des der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kapitals bedeute. Was sie diesen Arbeiten zuwende, entziehe sie der freien Wirtschaft. Dem Inarbeitsbringen auf der einen Seite stehe ein Arbeitslosmachen auf der anderen Seite gegenüber. Dieser These tritt das Gutachten mit großer Entschiedenheit entgegen. Nachdem es die weltwirtschaftlichen und die innerdeutschen Ursachen der Krise untersucht und eine Reihe politischer, teils nur international zu regelnder Vorschläge angedeutet hat, konzentriert sich das Gutachten auf „die Möglichkeiten unmittelbarer oder mittelbarer Arbeitsbeschaffung, die im innerdeutschen Entscheidungsbereich liegen“. Es sucht mit Recht den Wert dieser Arbeitsbeschaffung darin, daß die private Wirtschaft angeleitet werden müsse.

„Alle Maßnahmen dieser Art müssen darauf abzielen, die Erstarung, in der sich heute unsere Wirtschaft befindet, zu lösen und in Deutschland brachliegende Arbeitskräfte, Produktionsmittel und Warenvorräte produktiv zu nutzen. ... Die Hemmnisse und Warentümpel auf diesem Gebiet liegen, sind zu bekannt, als daß sie an dieser Stelle geschildert werden müßten. Diese Lage zwingt dazu, der durch äußere Umstände gehemmten Initiative der Privatwirtschaft dadurch zu Hilfe zu kommen, daß durch eine Kapitalwerbung auf Grund öffentlichen Kredits neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, die ihrerseits ausstrahlt auf Beschäftigung und Absatz der deutschen Gesamtwirtschaft. Das natürliche Betätigungsfeld werden dabei solche Aufgaben sein, die sich für eine zentrale Planung eignen, dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen und durch ihren Ertrag das aufgewandte Kapital lohnen. ... Außer den unmittelbar auf Arbeitsbeschaffung gerichteten Maßnahmen sind unmittelbar auf solche Gebote, die mittelbar das gleiche Ziel erstreben, indem sie die private Initiative wecken und fördern.“

Diese Sätze behalten ihre Gültigkeit auch dann, wenn aus allgemeinen finanziellen oder innerpolitischen Gründen im Augenblick das nötige Geld durch Auslandsanleihen leider nicht aufzutreiben ist. Auch wenn sich der Anleihemarkt wieder für Deutschland lockert, wird die Arbeitsmarktkrise wohl abgeschwächt, aber keineswegs behoben sein. In diesem Augenblick würde dann eine systematische Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch Arbeitsbeschaffung möglich und notwendig sein. Die „private“ Initiative bedarf auch dann und gerade dann des besonderen Anstoßes. Nichts ist so falsch als die von Arbeitgeberseite immer wieder betonte Auffassung: Der Plan der Brauns-Kommission muß scheitern, weil Geld nicht aufzutreiben ist. Ist aber Geld wieder aufzutreiben, so ist der Plan überflüssig, weil die Wirtschaft von selbst wieder läuft. Wertvoll ist das Gutachten weiter deshalb, weil es dem Irrglauben entgegentritt, das Einfließen langfristiger Auslandskredite in die deutsche Wirtschaft sei als gefährlich abzulehnen. Es war Schachts Irrelehre, die verhindert hat, Anleihen zu begeben, als solche noch möglich waren und die Krise abschwächen konnten.

Die von der Kommission als förderungswürdig vorgeschlagenen Arbeitsgebiete bieten allerdings kaum Neues: Energiewirtschaft, Verkehrswesen, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen und Wohnungswirtschaft. Ueber Einzelheiten des Gutachtens zu diesem oft erörterten Programm läßt sich allerdings sehr streiten. So zum Beispiel, wenn abgelehnt wird die Anlage großer innerdeutscher Durchgangstraßen für den Fernverkehr mit öffentlichen Mitteln zu fördern. Wohl soll das alte Straßennetz verbessert und ausgebaut werden, aber die Schaffung großer Durchgangstraßen soll unterbleiben, um von der Eisenbahn den Wettbewerb des Personen- und Frachtautoverkehrs fernzuhalten. Diese Anschauung dürfte unhaltbar sein. Richtiger erscheint uns die Warnung vor weiteren großen Kanalbauten. Bezüglich der Vorschläge: landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen zu fördern, ist mit Bedauern festzustellen, daß die Brauns-Kommission mit keinem Wort Stellung nimmt gegen die verrückte, nur den großen Grundbesitz einseitig begünstigende Sozialpolitik. Wer siedeln will, kann nicht wollen, daß unsinnige Futtermittelzölle die Vieh- und Milchwirtschaft des Siedlers erdrücken. Die Kommission ging dieser heißen Frage aus dem Wege.

Es ist jedoch überflüssig, hier die Vorschläge der Brauns-Kommission im einzelnen zu kritisieren. Im ganzen entsprechen sie den auch von uns seit langem vertretenen Forderungen. Bemerkenswert ist, daß auch die Kommission weder bezüglich der Arbeitsgebiete noch bezüglich der Finanzierung irgend neue Wege wies. Und gerade die letztere Frage, die Finanzierung, ist der heiße Punkt, an dem im Augenblick die Durchführung des Programms scheitern wird.

Sehr viel kritischer stehen wir zu dem mit besonderem Nachdruck vertretenen Vorschlag des Gutachtens, die Löhne der bei Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung beschäftigten Arbeiter zu drücken. Im Abschnitt „landwirtschaftliche Meliorationen“ wird vorgeschlagen, die Mittel der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge in besonderem Maße einzusetzen. Es heißt weiter:

„Dafür scheint es aber der Kommission notwendig, die Bestimmungen über die Beschäftigung Arbeitsloser bei Notstandsarbeiten zweckentsprechend anzuwenden. Die Notstandsarbeiterlöhne sollten dem Wert der Arbeiten angepaßt werden. Die Kommission empfiehlt, die Landesarbeitsämter darauf hinzuweisen zu lassen, daß bei den Meliorationen einer der Ausnahmefälle vorliegt, in denen die Höhe des Notstandsarbeiterlohns nach § 139 Abs. 4 WVBVG. besonders festgelegt werden kann.“

*) Bezüglich des ersten Teiles des Gutachtens: „Arbeitszeitverkürzung“ und „Doppelverdiener“ siehe „Gewerkschafts-Ztg.“ Nr. 16, Seite 245, Nr. 17, Seite 258 und Nr. 18, Seite 274.

Zu Deutsch: Der Lohn der bei Meliorationen beschäftigten Arbeiter muß gesenkt werden! Obwohl der Lohn bei diesen Arbeiten ohnehin gering ist, muß er weiter gekürzt werden! Der Lohn muß dem Wert der Arbeiten angepaßt werden, mag auch der Arbeiter dabei der Hunde gehen. In einem anderen Abschnitt wird dieser Faden munter weitergesponnen: und der Lohndruck bei allen solchen Arbeiten empfohlen. Es soll nämlich das für Arbeitsbeschaffung verfügbare Kapital möglichst gestreckt werden.

„Die Fortsetzung des Arbeitsbeschaffungswerts hängt davon ab, daß die investierten Mittel in regelmäßigem Wechsel wieder zur Verfügung stehen und daß die Kosten so niedrig wie möglich gehalten werden.“

Und weiter heißt es:

„Deshalb sind Erwägungen durchaus in Ordnung, wie bereits zu ungewöhnlich niedrigen Bedingungen ausgeliehene Mittel zu ihrem gegenwärtigen Wert für den Kapitalstock der Arbeitsbeschaffung wieder zurückgewonnen werden können, und wie die Löhne dem Wert der Arbeiten angepaßt und mit Rücksicht auf die öffentlichen Leistungen geregelt werden können, ohne daß der sozialpolitische Charakter der Maßnahmen gefährdet wird.“

Von dem Programm ist aus Gründen, die auch die Gutachterkommission nicht beheben kann, nicht viel durchführbar, aber die Empfehlung, den Lohn zu drücken, ist schon konkreter und ließe sich in jedem Fall durchführen. Die einen erfreut man

Sorderst du Achtung für deinen Stand, Bergarbeiter, so ist es notwendig, daß du deine Organisation stärkst. Unermüdliche Werbetätigkeit unter den Unorganisierten gehört auch dazu. Darum die Mahnung: Werbe und wirke für den Verband!

mit einem Programm, das leider aus Kapitalmangel im Augenblick nichts nützt, die anderen tröstet man damit, daß bei den noch durchführbaren Arbeiten die Löhne noch weiter heruntergedrückt werden sollen. Jedem das Seine! Ebenso wie in der Arbeitszeitfrage. Für die Arbeiter eine wunderschöne Deflation, für die Arbeitgeber praktische und sofort durchführbare Vorschläge. Dafür danken die Arbeiter bestens! Die Kommission betet das dumme Gerede, Notstandsarbeiten seien teurer als andere Arbeiten, gedankenlos nach. Ja, sie „stellt“ es sogar ausdrücklich fest:

„Es ist ferner die Feststellung zu treffen, daß aus verschiedenen Gründen die Gesamtkosten solcher Arbeitsbeschaffung in der Regel nicht unerheblich höher sind als solche der Privatwirtschaft bei der Durchführung ähnlicher Aufgaben erwachsen.“

Tatsächlich trifft das für vernünftig geleitete Arbeiten heute keineswegs zu. Aber mit dieser Feststellung mußte der Vorschlag auf Lohnabbau „begründet“ werden!

Die Kommission hat auch die Frage geprüft, ob es möglich und zweckmäßig ist, durch Lohn- oder Zinszuschüsse private Unternehmer bei Subventionierung oder Erweiterung ihrer Tätigkeit zu subventionieren. Diese Frage wird auch in Arbeiterkreisen sehr stark erwogen. Der Gedanke, den Betrieb in irgendeiner Form zu stützen, um dadurch die sonst eintretende Arbeitslosenunterstützung zu ersparen, erscheint im ersten Augenblick durchaus einleuchtend. Auch der Vorstand der Reichsanstalt hat ihn wiederholt eingehend geprüft und mußte zu einer Ablehnung kommen. Auch die Sachverständigenkommission verneint diese Frage. Das Gutachten sagt:

„Es ist auch die Frage geprüft worden, ob durch Lohn- und Zinszuschüsse private Unternehmer Subventionen beaufs Erweiterung ihrer Tätigkeit erhalten sollen. Im allgemeinen ist nach den bisherigen Erfahrungen diese Frage zu verneinen. Subventionen können leicht zu Verlagerung von Standorten, Überträgen und Kapital und zu Schädigungen der nicht subventionierten Industrie in ihrem Bestreben, eine geregelte, private Wirtschaft aufrechtzuerhalten, führen.“

Freiwilliger Arbeitsdienst.

Nachdem vor einiger Zeit im Reichsarbeitsministerium eine eingehende Aussprache im größeren Kreise (Befürworter und Gegner der Arbeitsdienstpflicht) stattgefunden und eine ernsthafte Prüfung zeigte, daß, ganz abgesehen von der von uns stets vertretenen grundsätzlichen Ablehnung, die Durchführung einer Arbeitsdienstpflicht schon an den Kosten und der Unergeblichkeit der Arbeiten scheitert, sind die lauten Rufer nach einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht ziemlich verstummt. Auch die Gutachterkommission kommt zur Ablehnung. Das Gutachten sagt:

„Die Kommission hält die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht nicht für ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes.“

Arbeitsdienstpflicht.

Aber ein neues Schlagwort ist aufgetaucht: „Freiwilliger Arbeitsdienst“. Das Gutachten beschäftigt sich auch hiermit und empfiehlt seine „Förderung“. Was soll darunter verstanden werden? In der Publizistik sind Ziele und Durchführung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ höchst unklar und verworren. Praktisch wird aber bereits eine Form angewandt, die höchst bedenklich ist. Es soll nämlich den Landwirten, die bisher ausländische Arbeitskräfte beschäftigt und jetzt als Ersatz der Ausländer deutsche Arbeitslose einstellen, die nicht berufsmäßig der Landwirtschaft angehören (also städtische Arbeitslose) ein beträchtlicher Zuschuß aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung zum Lohn gewährt werden. Der Zuschuß soll die Minderleistung des städtischen Arbeitslosen, der den Tariflohn erhalten muß, ausgleichen. Diese Maßnahme soll eine Unterstützung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ darstellen. Tatsächlich ist sie eine

versteckte Subvention an bestimmte landwirtschaftliche Betriebe, die ohnehin den ohnehin miserablen Lohn des deutschen Landarbeiters gefährdet und zum Lohndruck und damit zu wirtschaftsstörenden Reibungen führt. Diese Gefahr ist dem „freiwilligen Arbeitsdienst“ überhaupt eigen. Zwar engt die Kommission die Art der Arbeiten ein. Sie sagt:

„Eine selbstverständliche Voraussetzung für die Arbeitsgelegenheiten, die im freiwilligen Arbeitsdienst ausgenutzt werden sollen, ist, daß sie die Arbeitsmenge über das Maß hinaus erweitern, das vorhanden ist oder auf anderem Wege, insbesondere dem der Notstandsarbeiten, verfügbar gemacht werden könnte.“ Und weiter: „Schwierigkeiten der Durchführung werden sich zunächst in der Beschaffung zusätzlicher Arbeit zeigen. Man wird sich deshalb nicht, wie bei der Notstandsarbeit und der Pflichtarbeit, auf die öffentliche Hand als Träger beschränken können, sondern man wird Verbände mit gemeinnützigen Zielen als Träger auch dann heranziehen müssen, wenn sie Arbeiten bereitstellen, die zunächst einen beschränkten Personenkreis (Mitgliedern oder hilfsbedürftigen Kreisen) zugute kommen.“

Aber auch derart eingengt, bedrohen diese Arbeiten wieder die Notstandsarbeiten, weil zugunsten des freiwilligen Arbeitsdienstes die ohnehin beschränkten Mittel weiter verknappt würden. Außerdem käme es tatsächlich auf einen Lohndruck hinaus. Der „freiwillige Arbeitsdienst“ ist entweder eine für das Gesamtproblem belanglose Spielerei oder aber, im größeren Maßstab durchgeführt, eine sehr ernste Gefahr, gegen die sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wenden müssen.

Pflichtarbeit.

Es zeigte sich in den öffentlichen Debatten das Streben, die Pflichtarbeit stärker zu verallgemeinern. Das Gutachten der Brauns-Kommission unterstützt dieses Drängen. Zur Zeit kann für durch die Verleserung unterstützte Arbeitslose unter 21 Jahren und für Krisen unterstützte ganz allgemein die Unterstütlungsleistung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden. Eine Verordnung bestimmt, daß die Arbeitsleistung in der Regel 16 Stunden wöchentlich nicht übersteigen soll. Der Träger der Arbeit soll dem Pflichtarbeiter eine gewisse Entschädigung als Zuschlag zu seiner Unterstützung gewähren. Der Zuschlag soll aber nicht 50 Prozent der Hauptunterstützung, die der Arbeitslose für die Dauer der Pflichtarbeit erhält, übersteigen. Während ursprünglich das Gesetz die Anordnung der Pflichtarbeit, die Ausmaß der Arbeiten und die Höchstarbeitsdauer dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes übertrug und sogar den Beschluß an eine Zweidrittelmehrheit band, hat die Notverordnung vom Juli 1930 diese Befugnisse einzig dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes übertragen und den Verwaltungsausschuß völlig ausgeschaltet. Das Gutachten will darüber hinausgehen. Es sagt solches zwar nicht klar heraus, es stellt aber als Richtlinie auf:

„Pflichtarbeit ist nicht nur im Rahmen der öffentlichen Fürsorge und der Krisenfürsorge, sondern auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt und notwendig.“

Da heute schon im Rahmen der Arbeitslosenversicherung Pflichtarbeit beschränkt zugelassen ist (Jugendliche bis zu 21 Jahren), kann nur gemeint sein, auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung die Pflichtarbeit allgemein zuzulassen. Sonst hätte die Forderung: „Bei der gesetzlichen Neuordnung der Arbeitslosenhilfe ist diesen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen“ keinen Sinn. Denn von den weiter aufgestellten zwei Punkten erklärt der eine nur Sinn und Zweck der Pflichtarbeit und der andere nennt eine Reihe von Arbeitsmöglichkeiten, nämlich:

„Als Pflichtarbeit kommen, soweit sie gemeinnützig sind, insbesondere in Betracht: Arbeiten, die der Reinlichkeit und der Gesundheitspflege dienen, Arbeiten für karitative und gemeinnützige Anstalten, Herrichtung von Anlagen, von Spiel- und Sportplätzen, Anlegung, Instandhaltung und Herrichtung von Fahr- und Fußwegen, Instandsetzung von Verkehrs- und Entwässerungsanlagen, gemeinsame Bodenverbesserung.“

Eine „gelegliche Neuordnung“ käme also darauf hinaus, die Pflichtarbeit ganz allgemein und für alle Arbeitslosen zuzulassen.

Die vorsichtige Formel: „soweit sie gemeinnützig sind“ deutet auf eine weitere Verschlechterung. Bisher müssen die Arbeiten „gemeinnützig“ sein. Die Pflichtarbeit soll also erheblich verbreitert und auch an anderen als gemeinnützigen Zwecken dienstbar gemacht werden. Letzteres wird allerdings heute schon versucht, indem in den östlichen Bezirken die Arbeitslosen bei Arbeiten, die von der „Dsthilfe“ finanziert werden, allgemein zu Pflichtarbeiten angehalten werden sollen. Der „notleidenden“ Landwirtschaft wird zu Bodenverbesserungsarbeiten billige Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Um dieses noch ausgiebiger besorgen zu können, wird jetzt gar erwogen, im Rahmen von je drei Wochen die wöchentlich 16 Arbeitsstunden zusammenzulegen, so daß der Arbeitslose jeweils für zwei Wochen seine Unterstützung erhält, die ganze dritte Woche aber für seine Unterstützung arbeiten muß. Dabei gilt die Arbeitswoche natürlich als Unterstütlungswoche und rechnet in die Höchstdauer seiner Unterstütlung ein. Was eine solche Ausweitung der Pflichtarbeit mit Arbeitsbeschaffung und Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun hat, ist wirklich unklar. Uns will scheinen, als würde das genaue Gegenteil erreicht, nämlich eine sich bietende Arbeitsgelegenheit dem freien Arbeitsmarkt entzogen, nur mit dem kleinen Unterschied, daß kein ehrlcher Lohn gezahlt, sondern auch hier Lohndruck geübt werden soll.

Das Fazit.

So wenig das erste Gutachten die Gewerkschaften befriedigen konnte, so wenig kann es das zweite Gutachten. Sicher handelt es sich um eines der schwierigsten Probleme, wie die jahrelangen Auseinandersetzungen in Deutschland und auch besonders in England beweisen. Wertvoll ist, daß sich das Gutachten grundsätzlich für eine organisierte, gegebenenfalls auf Auslandsanleihen aufbauende Arbeitsbeschaffung einsetzt. Seine Schwäche ist, daß die Vorschläge aus Mangeln der Geldbeschaffung zur Zeit kaum durchführbar sein werden. Aber es wird seinen Wert für eine Zeit behalten, in der Anleihen möglich sein werden. Der große Fehler des Gutachtens aber ist, daß es nur einen im Augenblick durchführbaren Vorschlag enthält, nämlich den Lohndruck:

21. Woche Kameraden, forgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 17. bis 23. Mai 1931

HAUS UND LEBEN

Der heilige Geist des Kampfes.

Pfingstfest in furchtbarster Notzeit! In der Zeit einer Krise, wie die Welt sie niemals gesehen, das Fest des Durchglühseins von einem Glauben und der Heiligkeit einer Idee! Es ist begreiflich, wenn viele von diesen Alltagsorgen müde geworden und nicht mehr den Schwung besitzen, mit dem allein das Pfingstfest gefeiert werden kann.

Pfingsten ist das Fest des heiligen Geistes, der da immer und immer in denen gewesen ist, die aus dem Alten heraus sich zwingen, glaubend, vorwärts. Die da durchdrungen waren von einer Ueberzeugung. Die da besessen waren von einer Idee und nicht anders konnten, als zu künden und zu künden.

Nie aber war die Idee, die gekündet wurde, so hehr und so weisend zu höchsten und niemals geahnten Zielen wie heute. Müßte da nicht alle Welt unter der Glut eines solchen Gedankens erschüttert sein? Müßte da nicht in allen, ja allen, eine heilige Unruhe leben, ein Wollen und Müßen? Und ein Bedürfnis, immer zu künden und immer zu werben und immer neu zu erfüllen mit dem heiligen Geiste des ganz Neuen?

Und doch diese Müdigkeit bei so vielen. Diese Gleichgültigkeit. Diese Teilnahmslosigkeit gegenüber solch einem Gedanken.

Bei allem Verständnis für die Last, die Not für die Seele bedeutet: es darf nicht sein, daß diese Not das Beste in uns, das Göttliche in uns, den Glauben in uns erstickt. Es darf nicht sein, daß Menschen sich gehen lassen ohne Widerstand und sich hinreißen lassen ohne Empörung in den Strudel des Geistes dieser überlebten Umwelt.

Stemmet euch an! Rafft die Fetzen eurer zerrissenen Seele zusammen! Es darf nicht sein, daß ihr in dieser Krisenzeit ersterbt, weil diese Zeit

in euch den Morgen ertötet. Den Trotz. Die Kraft. Den Willen.

Reckt euch! Besinnt euch! Schüttelt den Schutt des erbärmlichen Alltags einmal von eurer Seele hinweg! Und ihr fühlt es, ihr fühlt es alle, daß in euch trotzdem immer noch etwas von eurer Bestimmung lebt: die Welt unter der Glut einer großen Idee zu wandeln.

Aftergeister sind heute bemüht, die Menschen einzuspannen. Krämer des Geistes fangen so manchen ein mit Scheinidealen. Kleinbürger suchen das Rad der Zeit mit kleinlicher Gesinnung zu halten. So ist es, wenn eine Wellenstunde der Zeit sich wendet: nicht alle sind zum Erfassen dieses Unerhörten reif. Welche Aufgabe für euch, ihr Schaffenden alle, die ihr im Grunde eures Wesens von dem Kern des großen Gedankens durchdrungen seid! Lernt ihn erleben! Seid von dieser Größe gepackt! Seid durchzittert! Laßt ein heiliges Muß durch eure Adern rollen! Wir wenden die Stunde der Geschichte nicht vorwärts ohne den heiligen Geist.

Nur ein großes Geschlecht kann eine große Stunde wenden. Und groß ist nur das Geschlecht, das glaubt und glaubt.

»Ohne Leidenschaft«, sagte Lassalle, »ist in der Geschichte noch nie ein Stein von dem anderen gerückt.«

Pfingsten ist das Fest der Feste, weil es die Feier des Gefühls der Gefühle ist. Weil es die Leidenschaft einer heiligen Begeisterung feiert. Die feurige Liebe zur großen Idee. Den glühenden Glauben an das kaum Mögliche.

Das dennoch wird und noch schöner wird.

Weil es schon ist. In uns.

Wenn wir es glauben.

Dr. Gustav Hoffmann.

Der Mensch und das Meer.

„Ich habe das Meer gesehen“, schrieb Walbert Stifter 1857 in einem Brief. Es war für den Dichter ein Ereignis. Wie Dank für etwas Großes klingt es aus dem Wort. Er hatte das Meer gesehen. Er hatte Erfüllung erlangt für das, an dessen Erfüllung er so lange kaum zu glauben gewagt hat.

Der Mensch muß aus dem Alltäglichen einmal hinaus, das andere zu erleben, das ihm Symbol für Ewiges ist. Denn in jedem von uns steckt der Künstler, der da sehnt nach einem Erheben seiner Seele. Natur ist Gleichnis. Gleichnis des Innigen hier, wie in der Blüte eines Berggipfels oder des Weichens. Des Gewaltigen dort, im Meere wie im hohen Gebirge oder im gestirnten Firmament.

„Ich kann Ihnen mit Worten nicht beschreiben, wie groß die Empfindung war, welche ich hatte“, so schrieb Stifter weiter.

Alles Große und Ueberwältigende ist unsagbar. Im Schweigen spricht Natur, spricht Gottnatur. Wir müssen auch das Schweigen in uns erleben können, durch das Gottnatur da im Grozartigen der Natur zu uns redet.

Die Heimat mag schön sein, und wir mögen sie lieben. Doch auch die Welt gehört uns. Auch das Weite ist ein Stück unserer Seele. Und wir müssen Zeit und Mittel haben, auch in Andacht zu erleben uns selbst an dem, das „mit Worten nicht zu beschreiben“ ist.

Wir haben ein Recht auf die schöne Erde. Wir haben die Pflicht, die schöne Erde zu erleben in allem Großen, Weiten, Unermehlichen.

Nur wer in Gottnatur aufgeht, schöpft aus dem Ewigen immer neu für sein Leben. Für das ganze Leben. Für das große, neue, verbundene Leben von allem, an das er liebend glaubt.

Dr. Gustav Hoffmann.

Wissenschaftliche Versuche an Menschen.

Der Reichsgesundheitsbeirat hat Richtlinien für neuartige Heilbehandlung und für die Vornahme wissenschaftlicher Versuche am Menschen aufgestellt. Die ärztliche Wissenschaft kann — so heißt es einleitend in den Richtlinien —, wenn sie nicht zum Stillstand kommen soll, nicht darauf verzichten, in

Das Weltreich der Brüder.

Und als der Geist über die Jünger kam,
Geschah, was Propheten gesungen:
Alle, alle verstanden sich gleich
Trotz Reden in fremden Zungen.

Dann gingen sie in die weite Welt,
Um alle Völker zu lehren,
Einander in Frieden und Menschlichkeit
Zu lieben, zu achten, zu ehren.

Was damals noch ein Wunder war,
Wirkt unvermindert bis heute.
Jedoch der heilige Geist von einst
Besetzt nur die armen Leute.

Propheten des armen, des schaffenden Volks
Lehren die Völker der Erde
Das Recht, den Frieden, die Menschlichkeit,
Damit es Welt-Pfingsten werde.

Und siehe: Sie werden trotz Grenze und Hohn
Von vielen, von vielen verstanden.
Der neue Geist braust um die Welt
Und rüttelt an alten Banden.

Mit Feuerzungen eifert er
Wider des Menschen Vernechtung,
Wider Gewalt und Tyrannel
Und jegliche Entrechtung.

Und immer größer wird die Schar
Der feuerzungen Lehre.
Der Kreuzzug des schaffenden Volkes dröhnt
Durch alle Länder und Meere.

Keine zweitausend Jahre mehr
Dauern die alten Sünden.

Bald wird der neue Kämpfergeist
Das Weltreich der Brüder verkünden!

Victor Kalinowski.

geeigneten Fällen eine Heilbehandlung mit neuen, noch nicht ausreichend erprobten Mitteln und Verfahren einzuleiten. Ebenfalls kann sie wissenschaftliche Versuche am Menschen als solche völlig entbehren, da sonst Fortschritte in der Erkennung, der Heilung und der Verhütung von Erkrankungen gehemmt oder sogar ausgeschlossen würden. Eine neuartige Heilbehandlung darf nur vorgenommen werden, wenn sie vorher, soweit möglich, im Tierversuch geprüft worden ist und die betreffende Person oder deren gesetzlicher Vertreter sich in unzweideutiger Weise mit ihr einverstanden erklärt hat. Im anderen Falle darf sie nur dann eingeleitet werden, wenn es sich um eine unaufschiebbare Maßnahme zur Erhaltung des Lebens oder zur Verhütung schwerer Gesundheitschädigung handelt und eine vorherige Einholung der Einwilligung nach Lage der Verhältnisse nicht möglich war. Eine neuartige Heilbehandlung mit lebenden Mikroorganismen, besonders mit lebenden Krankheitsserregern, ist nur dann als zulässig zu erachten, wenn eine relative Unschädlichkeit des Verfahrens anzunehmen und auf andere Weise die Erzielung eines entsprechenden Nutzens nicht zu erwarten ist.

Diese Richtlinien gelten entsprechend auch für wissenschaftliche Versuche. Die Vornahme eines wissenschaftlichen Versuches ist bei fehlender Einwilligung unter allen Umständen unzulässig. Versuche an Kindern oder jugendlichen Personen unter 18 Jahren sind unstatthaft, wenn sie das Kind oder den Jugendlichen auch nur im geringsten gefährden. Die ärztliche Ethik verwirft jede Ausnutzung der sozialen Notlage für die Vornahme einer neuartigen Heilbehandlung oder eines wissenschaftlichen Versuches am Menschen.

Totengräber der Gesellschaft.

Zu Ibsens 25. Todestag.

Die alte bürgerliche Gesellschaft hat — wie Karl Marx das in genialer Weise als charakteristisch für alle gesellschaftliche Entwicklung feststellte — die Keime zu ihrer Zerstörung bereits in ihrem eigenen Schoße entwickelt. Bedingt durch die Eigenart des kapitalistischen Produktionsprozesses schuf die bürgerliche Gesellschaft ihren ökonomischen Gegenpart, das Proletariat. Sie entwickelte in ihrem Schoße aber auch jene revolutionären Keime, die das Zerstörungswerk an dem ideellen Ueberbau der Gesellschaft beginnen sollten. Sie erzeugte jene Kräfte, die die tief eingewurzeltten Begriffe und Anschauungen in Wissenschaft, Religion, Kunst und Sittlichkeit zertrümmerten und ihre wahre Rolle aufdeckten: den Firnis abzugeben für die ökonomischen Verhältnisse in der Gesellschaft und ihr die Beweismittel für den ewigen Bestand und die Unabänderlichkeit des gegenwärtigen Rechtszustandes zu verleihen.

Bei der Differenziertheit des modernen Geisteslebens ist es begreiflich, daß die Zertrümmerung des ideologischen Ueberbaues der Gesellschaft nicht das Werk eines Menschen, das Werk einer Menschengeneration sein konnte. Die Arbeit vieler Geister hat hier als Sprengstoff gewirkt und wirkt noch tagtäglich auf diese Weise. Viele dieser Denker und Dichter sind oft ihrer gesellschaftlichen Bedeutung ganz und gar unbewußt geblieben. Die Weltgeschichte verzeichnet öfter solche paradoxe Zufälle, daß sie Wertes von Menschen revolutionäre Wirkungen verleiht, die ihrer gesamten geistigen Haltung nach eher als eine Uebersteigerung des alten untergehenden gesellschaftlichen Prinzips aufgefaßt werden können. Mit Ausnahmen gilt das auch für die großen literarischen Revolutionäre des 19. Jahrhunderts, deren Werk für die Weltliteratur von epochenmachender Bedeutung war. Vier Namen pflegen hier im Zusammenhang genannt zu werden: Dostojewski, Tolstoi, Zola und Ibsen.

Der Norweger Henrik Ibsen, seit dessen Tode am 23. Mai 25 Jahre verstorben sind, hat der Gesellschaftskritik im modernen Drama den Weg gebahnt. Henrik Ibsen ist am 20. März 1828 in Skien, einer norwegischen Küstenstadt, geboren. Kleinbürgerlicher Herkunft, ist er zunächst für den Apothekerberuf bestimmt. Nach kurzem medizinischen Studium sehen wir jedoch den Bier- und zwanzigjährigen bereits als Dramaturgen an einem Theater in Bergen tätig. Fünf Jahre später wirkt er in der gleichen Position am Theater in Christiania. In diesen Jahren schreibt

Ibsen eine Reihe von Dramen, die ihm aber nur geringe Erfolge einbringen. Ibsens Jugendwerke sind von dem Wunsche diktiert, dem norwegischen Volke eine eigene nationale Literatur zu schaffen, der gleichen Aufgabe, der sich auch Ibsens Studienfreund Björnsterne Björnson mit ungleich größerem Erfolge unterzieht. Ibsen sucht diese Aufgabe zunächst sprachlich zu meistern, während er sich stofflich noch ganz im Fahrwasser der allgemeinen nordischen Literatur bewegt, die bis dahin nur ein Abklatsch der deutschen Romantik gewesen ist. In der reichen Sagenwelt seiner Heimat findet Ibsen den Stoff zu seinen Jugenddramen, die er, als ihn seine spätere künstlerische Entwicklung in andere Bahnen führt, familiär verwirft. Der erste entscheidende Wendepunkt seiner künstlerischen Arbeit ist das Drama „Komödie der Liebe“. Es ist sein erstes Werk, das ein Stück Gegenwart dramatisch gestaltet. Ideal und Wirklichkeit der bürgerlichen Ehe werden kritisch unter die Lupe genommen und die Heuchelei gebrandmarkt, die sich hinter dieser gesellschaftlichen Einrichtung verbirgt. Die Wahrheit aber kann die bürgerliche Welt weder auf der Bühne noch sonstwie vertragen, deshalb verfällt das Stück der Ablehnung. Nur mit Mühe gelingt es, dem Dichter ein Reisestipendium zu verschaffen, und innerlich voller Groll, verläßt der Dichter seine Heimat, um erst nach drei Jahrzehnten als der nunmehr auch von seinem Volke anerkannte unsterbliche Künstler wiederzukehren.

Nach kurzem Aufenthalt in Deutschland reißt Ibsen nach Rom, wo die Schaffenszeit des Dichters beginnt, die seinem Werke eine über den nationalen Raum Norwegens wachsende Bedeutung zuweisen wird. Zwar sind es nationale Beweggründe und Probleme, die den Dichter zu den beiden großen in seiner römischen Zeit geschaffenen Dramen „Brand“ und „Peer Gynt“ anregen. Letzteres Stück hat man auch den „nordischen Faust“ genannt. In ihm hat der Dichter seinem Volke ein grandios kritisches Spiegelbild vorgehalten. Das Urbild des skandinavischen Menschen lebt in der Gestalt des Peer Gynt, eines Menschen, der aus lauter Halbheiten zusammengesetzt, voll phantastischer und großsprecherischer Klänge ist, die aber bei der fehlenden festen geistigen und sittlichen Grundlage niemals realisiert werden können. Diesen Peer Gynt — seine Nation — will der Dichter radikal umgeformt wissen.

Vom Jahre 1868 an lebt Ibsen in Deutschland, zunächst in Dresden, dann in München. Hier entstehen die großen Gesellschaftsdramen, die Ibsens Namen Welttruf verleihen und seinen Platz in der Geschichte der Weltliteratur entscheidend bestimmen. Aus dem Kritiker seiner Nation wird der große Gesellschafts-

kritiker Ibsen. Das erste Drama dieser Schaffensperiode ist „Stützen der Gesellschaft“. In ihm übt Ibsen schärfste Kritik am herrschenden Großbürgertum, das den Grad der menschlichen Qualität nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit bestimmt, das in seinem grenzenlosen Gewinnstreben selbst das Leben der Mitbürger nicht achtet. Die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft: Geschäft, Ehe, Familie, staatliche Gemeinschaft, äußerlich wohl geordnet, sind innerlich hohl und verlogen. „Wahrheit und Freiheit sind die wahren Stützen der Gesellschaft“, sagt Ibsen und entthüllt damit sein soziologisches Glaubensbekenntnis, das uns die Grenzen seiner revolutionären Ideologie anzeigt.

An dem Schicksal der Nora Helmer im Drama „Ein Puppenheim“ führt uns Ibsen die Tragödie der Frau in der vollständig vom männlichen Typus beherrschten bürgerlichen Gesellschaft vor Augen. In ihr führt die Frau lediglich das Dasein einer Puppe, sie ist zum Schau- und Lustobjekt des Mannes prädestiniert. Die eheliche Gemeinschaft beruht auf der völligen geistigen, seelischen und körperlichen Unterordnung der Frau unter die Botmäßigkeit des Mannes. Die erste aus eigener Verantwortung durchgeführte und aus ihrer fraulichen Eigenart gewachsene selbständige Handlung zeigt Nora, daß sie in der männlichen Gesellschaft nie ein Versehen finden und die Anerkennung ihrer Persönlichkeit erringen wird. Die einzig mögliche Lösung dieses Konfliktes ist der radikale Bruch mit der Vergangenheit, die Lösung der Ehe. Tapfer und entschlossen geht Nora diesen Weg.

Das nun folgende Drama Ibsens „Gespenster“ ist im Zusammenhang mit dem Drama „Nora“ zu sehen. Anders wie Nora Helmer sucht Helene Alving ihrem Schicksal zu begegnen, das sie in die Ehe mit einem durch und durch verfeuchten Manne geführt hat. Aus falschen moralischen und konventionellen Bedenken harret sie aus in den Fesseln, die ihr die Gesellschaft geschnitten und büßt in dem Schicksal ihres Kindes, dem die Krankheit vom Vater ins Blut gepflanzt ist, ihre Inkonsequenz.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten, die späteren Dramen Ibsens noch in gleicher Weise zu betrachten, die auch nach unserer Wertungsmethode bereits in dem nun folgenden Drama „Ein Volksfeind“ einen Abstieg bedeuten. Auch an Ibsen erfüllt sich das Schicksal vieler moderner bürgerlicher Dichter, die zwar mit unübertrefflicher Meisterschaft die Schäden innerhalb der Gesellschaft enthüllen und darstellen, denen es aber nicht gegeben ist, den ökonomischen Charakter des gesellschaftlichen Niederganges zu erkennen, um aus der Erkenntnis des ökonomischen Umwandlungsprozesses die Notwendigkeit des Anschlusses an den Kampf der proletarischen Klasse abzuleiten. W. Helf.

Die Gewerkschaftspresse in der Krise.

Der Fachausschuss der Gewerkschaftspresse des ADGB. besieht nun zwei Jahre. Er hat es weder an Ernst noch an Ehrlichkeit zu lassen, seiner gewiss nicht niedrig gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Jede seiner Zusammenkünfte hat sich eingehend mit der technischen wie sachlichen Verbesserung der Zeitung befasst. Der Meinungsaustausch allein schon hatte eine sehr erfreuliche Wirkung; er schärfte das Auge für Mängel und Vorteile, die bis dahin kaum beachtet worden waren. Der kritischen Musterung folgte meist die Verbesserung auf dem Fuße. Das gegenseitige Beobachten und Auswerten der Neuerungen kam einem höchst nützlichen Anschauungsunterricht gleich.

Ob der mannigfaltige Verbesserungsversuch gegliedert und wie weit er in jedem Falle gediehen ist, läßt sich leicht durch einen Vergleich der Zeitung von früher und heute feststellen. Die Neuerungen erstreckten sich auf den Inhalt, die Schriftart, die Auswahl des Lesstoffes und dessen Einteilung. Allein, wie hoch man auch diese mehr äußerlichen Aenderungen veranschlagen mag, sie sind geringfügig neben der Bereicherung des Inhaltes. Hier liegt, so kann man getrost sagen, der größte Gewinn der Lässigkeit des Fachausschusses.

Früher waren die Gewerkschaftszeitungen in der Regel von Männern für die Männer geschrieben. Daß sie auch für die Frauen und Kinder des Gewerkschaftsmitgliedes geschrieben sein müßten, ist kaum je beachtet worden. Die Folge war, daß die Zeitung selten auf den Familientisch des Gewerkschafters kam; weder seine Frau noch seine Kinder verspürten Neigung, sie zu lesen. Der Inhalt war auch nicht so beschaffen, die Neugier zu fördern, er ward nicht darauf abgestimmt, den Geist zu fesseln und die Seele zu erwärmen. So blieb die Familie des Gewerkschafters unberührt von dem Tun und Denken seiner Organisation. Dieser Mifstand kam ihr teuer zu stehen. Nicht nur, daß der Beitragskassierer auf Verständnislosigkeit und Unwilligkeit bei den Frauen stieß, auch die Jugend trat ohne gewerkschaftlichen Sinn ins Leben und mußte später unter schwierigeren Umständen erst gewerkschaftlich gewonnen werden, weil die leichte Werbemöglichkeit im elterlichen Haushalt nicht genutzt worden war.

Dieser und noch etlichen anderen Miflichkeiten wird jetzt dadurch begegnet, daß die Zeitung für die Frau wie für die erwachsenen Kinder des Gewerkschafters angelehnt, lesbar gemacht ist. Die meisten deutschen Gewerkschaftsblätter haben heute eine Unterhaltungsseite mit Kurzgeschichten und Romanen, mit Aufsätzen über Gesundheitswesen, Kindererziehung und dergleichen, ja selbst der Humor wird nicht vergessen. Kurz die Gewerkschaftszeitung ist zu einem Familienblatt geworden, und das in dem Sinne, daß jedes Familienmitglied in der Zeitung etwas findet, das reizt und fesselt. Freilich dient der Inhalt der Unterhaltungsseite nicht der Unterhaltung an sich, sondern er soll die Anleitung, ein gelinder Zwang sein, sich mit den gewerkschaftlichen Gedankengängen vertraut zu machen. Anders ausgedrückt, der Unterhaltungsstoff soll am Ende nichts anderes sein, als gewerkschaftliche Propaganda am Familientisch mit hierfür passlichen Mitteln.

Der Zeitungsschreiber oder Schriftleiter kann nur durch Schreiben handeln, und der Erfolg dieses seines Handelns ist mehr mittelbar, das heißt, er braucht längere Zeit zum Sichtbarwerden. Das ist die Regel, die in unserem Falle durch Ausnahmen eindrucksvoll bestätigt wird, Ausnahmen, die jeder leben kann! Was früher jubilaumsfelsen war, geschieht heute in unzähligen Fällen: die Frauen bestehen bei den Beitragskassierern und ihren Männern nachdrücklich darauf, daß die Gewerkschaftszeitung prompt mitgebracht wird, oder die Frauen gehen haufenweis zum Verbandsbüro, um die Zeitung selbst in Empfang zu nehmen, und der Angestellte hat eine garstige Viertelstunde zu überstehen, wenn die Zeitung einmal nicht pünktlich zur Stelle ist. Aus zahlreichen Mitteilungen weiß ich, daß die Frauen und ihre erwachsenen Kinder, die anfangs die Zeitung nur des Unterhaltungsstoffes wegen öffneten, jetzt auch den trockenen oder schwierigeren Stoff aufmerksam, zum Teil recht kritisch lesen und dadurch mit dem gewerkschaftlichen Streben und Wirken vertraut geworden sind. Von dergleichen war vor kurzem noch kaum die Rede.

Daß diese erfreuliche Anteilnahme der Frauen und Jugendlichen an der Gewerkschaftsfrage in hohem Maße der (neuartigen) Gewerkschaftspresse zu verdanken ist, dürfte schwerlich bestritten werden. Auch dagegen wird man kaum etwas einwenden, daß diese Anteilnahme der Mütter, die das künftige Gewerkschaftsgeschlecht erziehen, und der Jungen, die bald mit an dem Strange der Alten ziehen sollen, für die Gewerkschaftsbewegung von höchster Bedeutung ist. Denn dadurch, daß außer den Männern auch die Mütter und Kinder gewerkschaftsreich gemacht werden oder sind, ist erst eigentlich der endliche Erfolg unserer Sache verbürgt. Dies mag bei den Gewerkschaften des Auslandes bestimmend gewesen sein, auch ihrerseits die Zeitungen umzuwandeln, so in der Schweiz und in Oesterreich.

Noch in anderer Hinsicht ist jetzt ein wohlthätiger Einfluß der Gewerkschaftspresse zu merken. Wie die Arbeiterklasse im allgemeinen, so hat die Gewerkschaftsbewegung im besonderen seit Jahr und Tag Wind und Wetter im Gesicht. Fast jede proletarische Familie hat einen oder mehrere Angehörige in dem Heer der Kurzarbeiter oder vor den Stempelstellen. Mit jedem neuen Stempel, der auf die Untersützungskarte gedrückt wird, werden auch Geist und Seele der Arbeitslosen und ihrer Familien mehr gedrückt. In einer solch beispiellosen wirtschaftlichen Trostlosigkeit, wo Lohnforderungen nicht gestellt oder durchgesetzt werden können, ja Lohnabzüge oft nicht zu verhindern sind, ist natürlich die Anziehungskraft der Gewerkschaft geringer und ihre Verbindlichkeit wird der schwersten Probe ausgesetzt. Ueberdies wird die wirtschaftliche Trostlosigkeit von allerdhand Demagogen und Quacksalbern von Wortbrütlern und Seichtbeuteln weiblich zur Berwirrung und Zerspitterung der organisierten Arbeiterklasse ausgenutzt. Angelehnt der ungeheuren seelischen Zermürbung durch die wirtschaftliche Not und der hülligen Kührerei gegen die gewerkschaftliche Organisation konnte es wahrlich nicht wundernehmen, wenn sich die Reihen der freien Gewerkschaften erheblich lichteten, zumal dies früher bei unendlicher geringerer Arbeitslosigkeit und ohne diese planmäßige Gewerkschaftspalterei gewöhnlich der Fall war.

Allein, trotz der millionenfälligen Arbeitslosigkeit und der nicht mehr steigerungsfähigen Rückwärtsentwicklung des Unternehmertums, und trotz der fröhen Wählererei politischer und sonstiger Geschäftemacher gegen die freien Gewerkschaften hat sich deren Mitgliedschaft zahlenmäßig und stimmungsstark vortrefflich gehalten. Wie wahr das ist, wird neustens durch

den Ausfall der Betriebsräte wahlen bestätigt. Die Stimmenverluste, die sie hier und da den freien Gewerkschaften gebracht haben, werden anderwärts durch Gewinne wieder ausgeglichen. Wenn das Gesamtergebnis je Verluste für die freien Gewerkschaften ergeben sollte, so werden sie trotz der unerhörten Widerwärtigkeiten erstaunlich gering sein.

Diese Wetterfestigkeit der freien Gewerkschaften ist zweifelsohne ihrem tatkräftigen Eintreten für die Arbeiter und ihrem vorzüglichen Unterstühtungsweisen zuzuschreiben. Dennoch ist der Anteil der Gewerkschaftspresse an dem erfreulichen Stande der Dinge nicht gering. Durch ihre Neugestaltung, dank ihrer größeren Bediegenheit in Aufmachung und Inhalt, hat sich die Zahl ihrer Leser wie deren Aufmerksamkeit erhöht. Sie erfasst und beeinflusst dadurch heute einen bedeutend stärkeren Teil der gewerkschaftlichen Gemeinschaft; sie hält mehr als einst die Alten im gewerkschaftlichen Bann und zieht die Frauen und Jungen mit hinein. Hierdurch wird die Widerstandsfähigkeit gegen die gewerkschaftsfeindliche Demagogie wie auch die gewerkschaftliche Treue der Mitglieder unzweifelhaft und beträchtlich erhöht.

Dies alles wird übrigens allgemein anerkannt. Der Ausdruck dieser Anerkennung ist das fast allseitige Bemühen, der Gewerkschaftspresse die Möglichkeit nicht zu beeinträchtigen, ihr gegenwärtiges Wirken fortzusetzen. Es ist genugsam bekannt, daß die Gewerkschaftsblättern von der außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit überaus stark in Anspruch genommen werden. Der Zwang zu äußerster Sparsamkeit und Einschränkung macht sich fühlbar. Wenn in früheren Zeiten dieser Zwang auftrat, fing man gar oft bei geistigen Dingen, bei der Zeitung, mit dem Sparen an. Das ist heute glücklicherweise nicht oder fast nicht der Fall. So ziemlich alle Gewerkschaftszeitungen haben trotz ihrer finanziellen Knappheit ihren alten Umfang beibehalten, was zu begrüßen ist.

Wenn je die Wirkungsmöglichkeit der Gewerkschaftspresse unbeschneidet erhalten werden muß, dann jetzt in dieser beispiellosen Krise. Hunderttausende von Arbeitern können sich eine Tageszeitung nicht mehr halten; für sie ist das Gewerkschaftsblatt noch das einzige Mittel der Unterrichtung und der Verbindung mit der Klassengenossenschaft. Eine Verdünnung oder Verschlechterung dieses Mittels müßte eine geistige und auch zahlenmäßige Schwächung der gewerkschaftlichen Front nach sich ziehen. Aber selbst dort, wo noch ein sozialistisches Tagesblatt gehalten wird, würde die Einschränkung der Gewerkschaftspresse in der jetzigen Zeit ebenfalls besonders von Uebel sein. Denn sie ist es ja, die das sozialistische Gold in einer beruflich gangbaren Scheidemünze in die Fabrik und den Arbeiterhaushalt trägt. Bei der gegenwärtigen Krise an der Gewerkschaftspresse sparen wollen, wäre kein Sparen, sondern eine Vergeudung von mühselig erlangten Werten wirtschaftlicher, gewerkschaftlicher und sonstiger Art. Dieses Sparen würde heißen, Kupfermünzen zu erübrigen, um Goldstücke zu verlieren. Darüber besteht ja auch, gottlob, in allen Gewerkschaftskreisen kein Zweifel. Dies wird bewiesen durch das allseitige Bemühen, die vorzügliche Wirksamkeit der Gewerkschaftspresse nicht durch Verkleinerung zu beeinträchtigen. Die Mitglieder werden das ihrer Organisation durch Treue und lebhaftere Anteilnahme quittieren. Fritz Kummer.

Die Macht der Presse.

Die Zeitung, welche uns über die Vorgänge der Außenwelt unterrichtet, ist uns zu einem fast unentbehrlichen Bedürfnis geworden. Es gibt heute wenig zivilisierte Menschen, die nicht jeden Tag ihre Zeitung lesen. Karl Bücher nennt die Presse ein „Kulturorgan ersten Ranges“. Man spricht aber auch von einem „Presse reptil“. Beide Schlagwörter können ihre Anwendung finden. Die Presse kann ein Kulturorgan sein, sie kann dem Fortschritt und hohen Menschheitszielen dienen, sie ist aber auch

oft ein „Reptil“, das nur den Interessen einer bestimmten herrschenden Schicht dient.

Eine gewaltige Macht besitzt der, welcher die Presse beherrscht. Er kann die Geister der Massen formen, wie er sie braucht. Mit der rohen Gewalt allein ist es nicht getan, man braucht auch die geistige Bereitschaft. Hat man diese, dann ergibt sich alles weitere von selber. Darum wird die öffentliche Meinung von den Besitzern nach der Richtung der Interessen gebildet, die sie beherrschen. Die geistige Macht, welche durch Bücher, Zeitungen und Bilder den Geist der Menschen verbrämt, erweist sich oft als ein schlimmer Feind der Arbeiterklasse. Derjenige, der nur den kapitalistischen Generalanzeiger liest, steht nicht selten den Bestrebungen der organisierten Arbeiterklasse fremd gegenüber. Oft kann er nicht anders, denn sein Denken bewegt sich in den Fährwasser kapitalistischer Anschauungen, von denen er täglich in seiner Presse liest, daß sie die richtigen seien. Bekommt er einmal eine Arbeiterpresse zur Hand, dann weiß er mit dem Inhalt nicht viel anzufangen, weil er durch seine Zeitung vom Wesen der Arbeiterschaft nichts erfährt.

Ungeheuer ist die Macht der kapitalistischen Presse. Wir haben rund 3500 deutsche Tageszeitungen; davon sind 30 Proz. rechtsstehend, 30 Proz. parteilos, 11 Proz. stehen dem Zentrum nah, 5 Proz. sozialdemokratisch und 4 Proz. liberal. Den zirka 175 Zeitungen, die Arbeiterinteressen vertreten, stehen rund 3200 Zeitungen gegenüber, die mehr oder weniger kapitalistisch orientiert sind. Ungefähr 1000 sogenannte parteilose Blätter, die sich unabhängig nennen, sind um so gefährlicher für die Arbeiterschaft, als sie ihre arbeitersyndikalistischen Tendenzen unter dem Deckmantel der anscheinend harmlosen und sachlichen „Unparteilichkeit“ verbergen. 1800 Zeitungen sind ausgesprochen nationalitätlich. Das sind Zahlen, die für sich sprechen.

Das Wort „Pressemacht“ ist in Deutschland mit dem Namen Hugenberg eng verknüpft. In seiner Hand befindet sich die „Telegraphen-Union“, die 90 Redakteure, 5 bis 6000 festangestellte Beamte und an die 2000 Mitarbeiter beschäftigt. Von dieser Nachrichtenzentrale werden über 1600 deutsche Tageszeitungen versorgt. Alle wesentlichen Nachrichten werden von dieser Zentralstelle bezogen. Daß diese Nachrichten im Sinne Hugenbergs gefärbt und gefolgt werden, entspricht dem Charakter dieser Einrichtung. Hat ihr schon von einem heldenhaften Kämpfer der Arbeiter in der bürgerlichen Presse geseht? Das könnte angedacht werden. Heldenhaft ist der Flugzeugführer, der Sportsmann, der General; aber der Arbeiter? — Im besten Falle hat er seine Pflicht getan. Wenn der Zeitungslieferer die- selbe Nachricht zugleich in verschiedenen Blättern liest, dann ist er unbedingt von der Richtigkeit derselben überzeugt; er weiß aber nicht, daß diese Artikel aus einer Zentrale kommen. Die Hugenbergische Zentralfstelle in Berlin fabriziert alles Wesentlichste für ihre Blätter; ihrer Beeinflussung kann sich der oft kritische Bürger schwer entziehen.

Die Presse beeinflusst aber nicht nur die öffentliche Meinung, sie bildet oder verbildet sie auch. Die öffentliche Meinung ist die Meinung der Presse. Denken wir nur an die Streitigkeiten über wirtschaftliche Tagesfragen! Welch verschiedene Standpunkte über Lohnhöhe, Arbeitszeitverkürzung oder Sozialversicherung! Je verbreiteter eine Presse, desto verbreiteter ihre Meinung. Müssen wir uns da wundern, wenn so viele Arbeiter noch nicht den Weg zu ihrer Interessensvereinigungen gefunden haben? Die bürgerliche Presse schreibt ja nichts von der Notwendigkeit einer Arbeiterorganisation, sie stellt keine positiven Forderungen zugunsten der Arbeiterschaft, sie behandelt alles „unparteilich, sachlich“. Der einfachste Mann ist imstande, sich über eine Angelegenheit eine Meinung, ein Für und Wider zu bilden. Zu jedem öffentlichen Vorkommen nimmt man irgendeine Stellung ein, nur nicht die parteilosen Blätter. Ueber alles schreiben, sich zu keiner Partei bekennen, — ja gibt es denn noch einen niedrigeren Standpunkt? Doch täuschen wir uns nicht, sie tun es, aber sie sagen es nicht.

Leider liest noch ein großer Teil der Arbeiterschaft die kapitalistische Presse. Wenn die Presse schon in unserer Zeit eine Führerrolle spielen soll, dann wollen wir als Arbeiter auch eine Presse haben, die unseren Interessen gerecht wird. Darum los von den bürgerlich-kapitalistischen Blättern! Lest die Arbeiterpresse, lest die Gewerkschaftszeitung, die euch über die engeren Fragen eures Berufes unterrichtet. Die Presse ist eine Großmacht, auch unseren Zielen soll sie dienlich sein! C. Sch.

Die Flucht vor dem Alltag . . .

Die Kommunistische Partei bemüht sich seit Jahren, tonangebend in den Gewerkschaften zu werden. Den Bemühungen ist bisher der Erfolg versagt geblieben, weil die KPD sich zu einer einseitigen, grundfählichen Linie nicht zusammenschloß. Die Taktik der Kommunisten war sehr parolenreich und für ihre Anhänger undurchführbar. Ausnahmslos waren Führung und Mitgliedschaft mit der gewerkschaftlichen Taktik, den Organisationsformen, dem Aufbau und der Führung nicht einverständlich. Die Führung wie auch die Mitgliedschaft der KPD hatte auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung zu wenig Erfahrung und betrat bei der Ausführung der Moskauer Beschlüsse Neuland.

So machte die Partei Fehler über Fehler und brachte ungeheuren Schaden für die Arbeiterklasse. Nicht darum, weil die KPD der Dritten Internationale angehöre oder weil die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder die kommunistischen Rezepte ablehnte, das war und ist noch das Erträglichste. Fehler darum, weil die KPD dem Arbeiter auf dem Wege der sozialen Befreiung bis heute noch nicht geholfen und durch ihr unfaktisches Verhalten den Gegner ermuntert hat, zum Gegenschlag auszuholen.

Lenin hatte 1921 den Kommunisten empfohlen, die gewerkschaftliche Einheit zu wahren und einzuschärfen nach dem Gesichtspunkt der Massenorganisation. Er schrieb 1921: „Man darf nicht nur die Gewählten als Organisatoren, Administratoren usw. betrachten. Das ist immerhin die Minorität der begabteren Leute. Man muß sich nach den Durchschnittsmitgliedern, nach der Masse richten.“

Die KPD richtete sich aber wenig oder gar nicht nach den Durchschnittsmitgliedern. Fragen, Räte und Mähen aus der Sozialgesetzgebung für den einzelnen gab es bei den Kommunisten nicht. Der einzelne konnte sehen, wie er fertig wurde. Statt dessen eröffnete man ein Trommelfeuer gegen die Führung und griff zu Mitteln, die die Arbeiterbewegung gehemmt, ihr geschadet, dem Unternehmener gedient hat.

Das Mittel der Beschimpfung nannte man „revolutionären“ Klassenkampf. Man nannte den Führer einer Gewerkschaft: Verräter! Kapitalisnecht! Sozialfaschist! Die Anwürfe waren aber ebenso dumm wie blöde und trafen nicht nur den Führer, nein, die Durchschnittsmitglieder wurden von dieser Brandmarke genau so betroffen, ein Jargon, der bei dem Hafenkreuz gute Nachahmer fand und von den Mitgliedern entsprechend eingehängt wird. Während die KPD dieses Trommelfeuer, diese Schimpfanonade konzentrierte, verlor sie jeden Sinn und Willen für den Tageskampf der Arbeiter und den Blick für die Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften.

Einst hat Lenin die Kommunisten gelehrt, daß die Alltagsfragen und -mühen des Proletariats getragen und gemildert werden von dem Führer. Doch ist dies ziemlich lange her, so daß dieses Leninsche Vermächtnis nur von den freien Gewerkschaften erfüllt wird. Die KPD. stieht den Alltag, zeigt keinen Sinn für

sozialen Fortschritt und operiert nur in der Arbeiterschaft mit putschistischen Phantasereien.

Diese Taktik muß die Arbeiterschaft entzweien, muß die Schlagkraft der Organisation mindern und demokratisierend auf diese wirken. Die Schuld schiebt man der Führung zu und nennt es in unserem Verbands „Hufemann-Kurs“.

Das ist aber Verleumdung und Irrung. Die KPD verwechselt die deutschen Gewerkschaften mit den Sektionen der Dritten Internationale, den „Hufemann-Kurs“ mit der Stalin-Diktatur. Man will dem Ruhrbergmann, dem Verbandsfamebären klarmachen, daß der Führer absichtlich die Interessen „nicht“ wahrnehme und nur die KPD, „Wahrerin aller heiligsten Güter“ sei. Ist dem wirklich so? Wir haben im Verbands, in unserer Gewerkschaft, das Recht der Meinungsäußerung, das Recht der Kritik. Keiner ist deswegen je „gestäubt“ worden. Bei uns gibt es keinen Vollsog und Vollsogsorgane. Wir kämpfen für die soziale Befreiung.

Man möge uns weiter beschimpfen und „Sozialfaschisten“ nennen. Unsere Kameraden werden wissen, wo am meisten für ihr Wohlergehen gearbeitet und gestritten wird. Nicht mit revolutionären Spielereien ist dem Kumpel geholfen. Geholfen ist dem Kumpel nur durch Zusammenschluß im Verbands, in einer Organisation, die den schweren Beruf des Bergmanns kennt, systematisch an der Hebung des Standes arbeitet, sich dafür einsetzt, daß das Leben bei den großen Berufsgesfahren genügend geschützt, die Existenz des Bergmanns gesichert ist. Die lang- und klangoles verschwundene „Union der Hände und Kopfarbeiter“ hat sich mit der Sozialpolitik und deren Gesetzgebung so gut wie gar nicht befasst. Sie müßte sich jeweils einstellen nach dem bekannten Wind vom Osten. So wird sich auch in Zukunft die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“, der „Einheitsverband der Bergarbeiter“, auf die Dauer nicht als eine Gewerkschaft erweisen, die den Bergarbeiter gegen ein übermächtiges, fest zusammengeschlossenes Unternehmertum schützen und seine Rechte vertreten will; es wird sich herausstellen, daß man keine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ziele verfolgt; man wird bald feststellen, daß die genannten Organisationen Formationen sind, die den kommunistischen politischen Zielen dienen, der kommunistischen Propaganda die fehlende Schwungkraft verleihen sollen.

In Erkenntnis dessen muß uns jeder deutsche Bergarbeiter in jedem Revier zu schade sein für solche Phantasereien. Klären wir jeden Bergarbeiter auf. Seine Mentalität kann sein nach seinem Geschmack, seinen wirtschaftlichen Interessen kann aber nur gebiert sein, wenn er Mitglied unseres Verbandes ist. Die Gründung der kommunistischen Organisation, die hiermit der Spaltung einen breiteren, tieferen Riß als bisher gegeben hat, soll und muß uns ein Ansporn sein, jeden Bergmann dem Verband zuzuführen. Die Einheit aller Bergarbeiter sei für uns keine Phrase, sondern Ziel.

Wir wollen den Bergmann nicht auf kommende Dinge ver- trösten. Wir wollen den grauen Alltag nicht fliehen. Wir wollen helfen, arbeiten und weiter, wie bisher, dem grauen Tag auch etwas Sonne zu bringen versuchen. W. F.

Deutsche Unternehmer importieren ‚soziale Einrichtungen‘ aus Amerika

Vor kurzem hat in Deutschland die Adam-Opel-AG. für ihre Werksangehörigen eine Gruppen-Lebensversicherung abgeschlossen, der 90 Prozent der Belegschaft beiträgt. Die „Volkspolizei“, das Organ der gewerkschaftlich-Genossenschaftlichen Versicherungsvereine, nimmt in einem längeren Artikel zu dieser Versicherungsart Stellung. Sie legt dar, daß die Opel-Versicherung kein Einzelfall bleiben wird, sondern daß es um den groß angelegten Plan zur allgemeinen Einführung der bei uns bisher fast unbekanntem amerikanischen Gruppenversicherung geht. Dieser Plan eines „Versicherungsimports“ verdient angesichts der Tatsache, daß hinter ihm die größte Lebensversicherungsgesellschaft der Welt, die Metropolitan Life Insurance Company of New York steht, sowohl vom sozialpolitischen als auch vom versicherungswirtschaftlichen Standpunkte aus das Interesse der breitesten Öffentlichkeit. Was sich jenseits des Ozeans beim Fehlen der staatlichen Sozialversicherung „bestens bewährt“ hat, braucht noch lange nicht berufen zu sein, als neue „soziale Einrichtung“ nach Deutschland verpflanzt, oder aber — wie zu erwarten ist — der Belegschaft mancher Betriebe oktroyiert zu werden.

In dem Artikel, den wir verkürzt folgen lassen, wird dann der Wert der Gruppenversicherung für die Versicherer selbst, und zwar gemessen an dem Werte der regulären Lebensversicherung dargelegt:

„Bei der Beurteilung des Wertes einer Lebensversicherung — so heißt es in dem Artikel — darf niemals die Kostenfrage allein entscheidend sein. Was nützt den Versicherten und ihren Hinterbliebenen eine Lebensversicherung, und wäre sie noch so billig, wenn nicht eine absolute Gewißheit dafür besteht, daß der benötigte Versicherungsschutz im entscheidenden Augenblick auch wirklich vorhanden ist und nicht von Umständen abhängt, die der Willkür fremder Personen unterworfen sind! Und in dieser Hinsicht birgt die Gruppenversicherung so ungeheure Gefahren in sich, daß man im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu ihrer grundsätzlichen Ablehnung kommen muß.“

Der Gruppenversicherte genießt den Versicherungsschutz nur, solange er sich in Diensten des betreffenden Arbeitgebers befindet. Welcher Arbeitnehmer hat aber die Gewißheit, daß er bis zu seinem Tode oder bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, also meistens Jahrzehnte hindurch, in demselben Betriebe beschäftigt sein wird? Ganz abgesehen davon, daß mancher freiwillig seine Stellung aufgibt, um sich zu verbessern, anderer aus irgendwelchen persönlichen Gründen entlassen wird und mancher nach einer Krankheit nicht auf seinen Posten zurückkehrt, kann angesichts der immer wieder eintretenden Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit kein Arbeiter oder Angestellter wissen, ob der Unternehmer gerade ihn bis zum letzten Augenblicke behalten wird. Weiß er denn überhaupt, ob die Firma bei seinem Tode noch existiert?

Und was geschieht, wenn der Arbeitgeber eines Tages von seinem einseitigen Rechte Gebrauch macht, die Gruppenversicherung aufzugeben, oder — was dasselbe bedeuten würde — die Bedingungen derart abzuändern, daß sie für die Versicherten unannehmbar werden?

Die Anhänger des amerikanischen Systems werden nun sagen, daß die Gruppenversicherung durchaus kein Erfolg, son-

dern nur eine segensreiche Ergänzung der regulären Lebensversicherung sein soll, und daß die geringfügigkeit seines Prämienanteils dem Arbeitnehmer gestatte, noch eine angemessene Einzelversicherung abzuschließen.

Das ist theoretisch recht und gut. In der Praxis aber liegen die Dinge wesentlich anders. Die im wirtschaftlichen Denken wenig geschulten Menschen wiegen sich in einer an Verblendung grenzende falsche Sicherheit über die Zuverlässigkeit ihres Versicherungsverhältnisses ein und sie werden zu einer folgenden Abneigung gegen den Abschluß einer ordentlichen Lebensversicherung verführt...

Wie viele Familien dadurch in Not geraten und welches Volkvermögen durch die Abdrosselung der mit der regulären Lebensversicherung verbundenen Sparsamkeit verloren geht, ist auch nicht annähernd zu sagen.

Wir müssen die Gruppenversicherung also aus denselben Gründen ablehnen, wie die unheilvolle Abonnementversicherung. Die deutschen Arbeiter und Angestellten haben schon vom Standpunkte ihres Versicherungsschutzes aus keinerlei Ursache, sich mit einer dergleichen Halbheit, mit der Amerika sie in der Hoffnung auf Gewinn beglücken möchte, zu befrenden. — Wie aus Mitteilungen der Gewerkschaftspresse zu entnehmen ist, scheinen die Gewerkschaften auch entschlossen zu sein, die Gruppenversicherung zu bekämpfen.“

Diese Stellungnahme des Organs der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft ist klar und deutlich. Sie kann noch ergänzt werden durch den Hinweis auf die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gefahren für die Arbeiterschaft, die mit der Vorbereitung der Gruppenversicherung auftauchen werden. Der allgemeine Angriff der deutschen Unternehmer gegen die staatlichen sozialen Einrichtungen ist vorerst nur zum Stillstand gekommen. Es eröffnet sich die Perspektive, daß später die Unternehmer unter Hinweis auf die finanzielle Sicherung der Arbeitnehmer durch die Gruppenversicherung eine kräftige Einschränkung der Sozialversicherung fordern. In Österreich sind die Pläne des Ministers Resch ein Musterbeispiel dafür, daß derartige Absichten noch immer zum eisernen Bestandteil der Sozialreaktion gehören. Die österreichische Arbeiterkraft, voran die Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“, Organ der Arbeiterräte Österreichs, hat vor kurzem den publizistischen Kampf gegen die Gruppenversicherung aufgenommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß zwischen der großen Propaganda für die Gruppenversicherung in Österreich und den jetzigen Plänen auf Ausbau der Sozialversicherung schon ein gewisser Zusammenhang besteht. Vielleicht sind auch die Experimente der deutschen Unternehmer, durch Gewährung minderwertiger Sozialleistungen, verbunden mit Bindungen der verschiedensten Art, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verhindern. Vielleicht ist die Gruppenversicherung ein neuer Schritt in dieser Richtung. Deshalb kann keineswegs der Beitritt zu einer Gruppenversicherung empfohlen werden; es ist im Gegenteil größte Zurückhaltung angebracht.

Aus dem Ruhrgebiet.

Rote Betriebsräte in Theorie und Praxis.

Auf der Schachtanlage R a d b o d hatten die Kommunisten infolge einer skrupellosen Agitation bei den diesjährigen Betriebsratswahlen einen Erfolg errungen. Der Betriebsausschuß setzt sich aus zwei Kommunisten, je einem christlichen und einem Verbandskameraden zusammen, wobei man den Kommunisten den Vorsitz zuschob.

Am 28. April fand eine Belegschaftsversammlung statt, in welcher der kommunistische Vorsitzende Reiman einen kläglichen Bericht über Betriebsangelegenheiten erstattete. Er führte u. a. aus: „In der Grube ist ein Brand ausgebrochen, mehr weiß ich auch, nicht. Bei den letzten Entlassungen haben verschiedene Kameraden Einspruch erhoben. Bei einem Entlassenen haben wir die Frist überschritten und konnten daher diesen Fall nicht mit der Verwaltung regeln.“ Weiter sagte er: „Kameraden, ihr müßt schon mal verzeihen, wenn wir einen Fehler machen, mit den gesetzlichen Bestimmungen kennen wir uns nicht so aus und der Genosse Sand (RBD-Betriebsrat) ist mit den schriftlichen Arbeiten nicht so bewandert.“

Dann beschwerten sich die roten Betriebsräte, daß sie von den Kameraden des alten Verbandes und des christlichen Gewerkschaftsvorstandes nicht immer die gewünschte Auskunft erhielten. Vor der Wahl wurden unsere Betriebsräte als Arbeitervertreter, Kapitalstreber und unfähige Trottel hingestellt. Jetzt kommt man zu diesen „unfähigen Trottel“ und bittet sie um Auskunft.

Jetzt, wo sie es besser machen sollen, jetzt, wo sie ihre kommunistischen Phrasen in die Tat umsetzen sollen, sind es elende Verfolger. So sehen die „revolutionären“ Klassenkämpfer aus. Arbeiter, lernt daraus. Gebt diesen Mosaikjunglern den verdienten Fußtritt, denn sie haben euch belogen.

Aus dem Saarrevier.

Streit der RBD.

Der kommunistische „Einheits“verband der Bergarbeiter (RBD) im Saarrevier marschiert den RBD-Bonzen zu langsam. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in materiellen Notden und gebraucht die RBD-Beiträge. Es muß deshalb ein neues Mittel erprobt werden, um dem kommunistischen Gewerkschaftsladen Kunden zuzuführen. Man dachte sich das so:

Wir proklamieren einen Streik! Die Reformisten werden sich dagegen wenden. Ein neuer Arbeiterverrat ist damit erwiesen, folglich müssen tausende Bergarbeiter dem „Einheits“-verband zuströmen.

Gedacht, getan! Am 9. Mai erschien ein Flugblatt des „Einheits“-verbandes, welches die Belegschaft des Bertrand-Schachtes der Inspektion Neunkirchen zum Streik aufrief für folgende Forderungen:

1. Zurücknahme sämtlicher getätigten Bestrafungen.
2. Sofortige Einstellung des Stökes 400.
3. Bestrafung der Beamten, welche Anweisungen gegeben haben, die nicht mit den Bergpolizeivorschriften im Einklang stehen.
4. Rücktritt der Sicherheitsmänner vor der Neuwahl.
5. Beseitigung des Divisionsratters Schöller.

Die Belegschaft des Bertrand-Schachtes hat auch dann am 9. Mai die Arbeit infolge falscher Information niedergelegt, wonach der Streik von den Gewerkschaften beschlossen sei. Die kommunistischen Streikheger, die Nachtschicht hatten, haben die Belegschaft der Morgen- und Mittagschicht in den Streik getrieben und sind selbst des Abends treu und brav angefahren.

Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ schwindelte den Bergarbeitern vor, um einen besseren Streikgrund zu haben, daß der Bertrand-Schacht stillgelegt werden sollte. Nach Erkundigung an maßgebender Stelle ist eine Stilllegung des Schachtes, welcher erst vor wenigen Monaten in Betrieb genommen wurde, nicht geplant. Am Sonntag, dem 10. Mai, war nach der „Arbeiter-Zeitung“ mit großen weltbewegenden Beschlüssen der RBD zu rechnen. In Dudweiler tagten die kommunistischen Schacht- und Streikdelegierten, um den Kampf auf den ganzen Saarbergbau, „ja darüber hinaus zu tragen“. Im Ruhrgebiet sollen 500 000 Bergarbeiter bereit stehen, um den Alarm von Dudweiler zum Losschlagen zu befolgen.

Am Montag, dem 11. Mai, bestanden ungefähr 15 kommunistische Frauen den Bertrand-Schacht und bildeten eine Kette, um die Bergarbeiter an der Anfahrt zu verhindern. Da in Versammlungen am Sonntag Aufklärung über den kommunistischen Putsch gegeben war, fuhr die Belegschaft geschlossen, bis auf 12 Schachtstreikdelegierte, an.

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich auf dem zu der Inspektion Dudweiler gehörenden Basalischacht. Auf diesem Schacht ist die „revolutionäre“ RBD-Firma Hey und Genossen aus Dudweiler zu Hause. (Vom Basalischacht wird auch wohl die Weltrevolution ausgehen!) Die Führer des Einheitsverbandes, Johann Hey und Genossen, nahmen sich für die Woche vom 11. Mai ihren Erholungsurlaub und trieben die Belegschaft am 11. Mai in den Streik, um der Belegschaft vom Bertrand-Schacht, welche längst wieder eingefahren war, zu helfen. „Das ganze Saarrevier steht auf Befehl der RBD-Schachtdelegierten im Streik“, beschwundelten die „revolutionären“ Urlauber die Belegschaft. Von 180 Mann der Frühlicht sind 150, von 130 der Mittagschicht 70 nicht angefahren, ohne zu wissen warum. Falsche Solidarität brachte ihnen einen Schicksalperle, was der französischen Grubenverwaltung bei der herrschenden Abfahrtskrise sehr willkommen war.

Die RBD hat also einen großen „Sieg“ errungen! Einige Hundert Bergarbeiter von 57 000 haben einen Schichtlohn geopfert. Doch die Kommunisten übten dann Verrat dadurch, daß sie ohne Ursache den Streik am 12. Mai abgeblasen haben. Oder geschah das deshalb, weil die Streikkommission Urlaub hatte?

Die Gewerkschaftsmitglieder im Saarrevier werden wohl aus diesen Anfängen kommunistischer Gewerkschaftspolitik die Lehre ziehen und begreifen, daß man nicht jedem kommunistischen Narr aus falscher Solidarität einfach Glauben schenken darf. Was haben die Arbeiter von Bertrand- und Basalischacht erreicht? Eine Schicht geopfert zu Ehren der RBD-Bonzen! Die Gewerkschaften sind stark genug, unberechtigter Bestrafungen des einzelnen oder einer Kameradschaft, ohne daß dafür in der heutigen Notzeit Schichten zu feiern sind, zu beseitigen. Stark genug, dort, wo von den Beamten die Sicherheitsbestimmungen mißachtet werden, einzugreifen.

Die Saarbergarbeiter sind gut beraten, wenn sie sich von den „kommunistischen Saarbündlern“ fernhalten. Mit kommunistischen Putschen ist den Kameraden nicht gedient. Auch das kommunistische Ziel, die bankrotte RBD auf Kosten der Gewerkschaften zu stärken, wird keinen Erfolg haben. Kameraden! Stärkt die Reihen des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter! Hinweg mit den kommunistischen Saarbündlern und ihrer arbeiterschädigenden Politik!

Sprengeleinteilung in Bergsch.

Gegen den Vorstandbeschluss Nr. 4 vom 18. März d. J., betreffend die Neuregelung des Kursprengeles Mittelbach, sind seitens der beteiligten Knappchaftsärzte Bedenken erhoben worden.

Der Vorstand der Saarnappschicht vermag zwar die von den Ärzten ausgesprochene Befürchtung einer sehr ungleichen Inanspruchnahme der beiden Ärzte bei der beschlossenen Sprengel-

teilung nicht ganz von der Hand zu weisen, glaubt aber aus grundsätzlichen Erwägungen an seinem Beschluß festhalten zu sollen, solange nicht Tatsachen hervortreten, die den Vorstand zu einer Aenderung seines Beschlusses veranlassen könnten.

Es wird also bei der vorgenommenen Sprengelteilung verbleiben, so daß der Ort Oberbergbach und ein Teil Mittelbergbach den einen, der Rest von Mittelbergbach und die dazugehörigen Außenorte den anderen Sprengel bilden. Die Artzweiheit soll unter Zugrundelegung dieser Sprengelteilung vorgenommen werden.

Sprechstunden der Bezirks- und Geschäftsstellenleitungen.

Bezirksbüro Saarbrücken.

Saarbrücker Büro, Sophienstraße 23: Täglich von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr mit Ausnahme Mittwochnachmittags und Sonnabends. — Telefon: 1169 und 4667.

Geschäftsstelle Neunkirchen.

Neunkirchner Büro im Volkshaus, Hüftenbergstraße 43: Jede Woche Dienstags und Donnerstags von 8 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr. — Telefon: 2492.

Schiffweiler. Im Lokale Müller, Bahnhofstraße: Jeden zweiten Montag im Monat von 3.30 bis 5.30 Uhr.

Geschäftsstelle Pfalz.

Neunkirchner Büro Volkshaus, Hüftenbergstraße 43: Jeden Mittwoch von 8 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr. — Tel. 2492. Homburg. Hotel Bach, am Bahnhof: Jeden Montag von 11 bis 4 Uhr.

Frankenholz. Jeden Dienstag von 1 bis 3 Uhr. Jeden ersten und dritten Dienstag im Lokale Trautmann, Schacht I und II. Jeden zweiten und vierten Dienstag Schacht III Anlage.

Geschäftsstelle St. Wendel.

St. Wendel. Büro: Jede Woche Montags und Donnerstags von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr. — Telefon: 227.

Geschäftsstelle Illingen.

Illingen. Büro Heusweiler Straße: Jeden Dienstag und Freitag von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr. — Telefon 20. Wadern. Hotel Dachstuhlhof: Jeden ersten und dritten Montag im Monat von 10 bis 12 Uhr.

Geschäftsstelle Püttlingen.

Püttlingen. Büro Volkshaus: Jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr. — Telefon 814. Heusweiler. Lokal Schröder: Jeden Dienstag von 9.30 bis 4 Uhr.

Luifenthal. Lokal Wöhlinger: Jeden ersten und dritten Mittwoch von 1 bis 3 Uhr.

Güdenbach. Lokal Gabriel: Jeden zweiten und vierten Mittwoch von 10 bis 4 Uhr. — Telefon 144.

Geschäftsstelle Sulzbach.

Sulzbach. Büro Volkshaus: Jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 8 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr. — Telefon 2140. St. Ingbert. Büro Rebmann, Theodorstraße 43: Jeden Dienstag von 9 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr. — Telefon 140.

Geschäftsstelle Fraulautern.

Fraulautern. Büro Saarbrücker Straße: Jeden Dienstag und Freitag von 8 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr. — Tel. 2453. Großrosseln. Lokal Weiler: Jeden zweiten und vierten Mittwoch von 3 bis 5 Uhr.

Hoffenbach. Lokal Bed: Jeden ersten und dritten Mittwoch von 3 bis 5 Uhr.

Auskunft auf allen Verbandsbüros und in Sprechstunden wird nur gegen Ausweis des Mitgliedsbuches erteilt.

An jedem Sonnabend sind infolge Angestelltenkonferenzen alle Büros für den Verkehr geschlossen, in Saarbrücken auch jeden Mittwochnachmittag.

Berichtigung.

Die Sammlung für das verunglückte Mitglied August Oberheim von der Steigerabteilung 6 der Grube Heinh (Saargebiet) am 12. Februar d. J. hat nicht 797,50 Fr. und 2,50 M., sondern 997,50 Fr. und 2,60 M. betragen.

Tauschmann gesucht! Der Hauer Anton Wagner auf Grube Frankenholz sucht einen Tauschmann auf Grube Jägersfreude oder Dudweiler.

Bezirk Senftenberg.

Jahreskonferenz.

Die diesjährige Jahresversammlung am 3. Mai in Cottbus nahm einen glänzenden Verlauf. Im Mittelpunkt der Tagung stand der Jahresbericht des Bezirksleiters B r i e w i g, dem wir folgendes entnehmen:

Zum erstenmal in der Geschichte der Wirtschaft unseres Revieres steht die Braunkohle in diesem Jahre im Zeichen eines erheblichen Produktionsrückganges. Die aufsteigende Tendenz der Absatzkrisen ist unterbrochen worden; die Ziffern bleiben weit hinter denen des Vorjahres zurück.

Fragen wir uns nach den Ursachen der Krise, so kommen wir zu der Feststellung, daß gerade der allgemeine Lohnabbau die Absatzkrisen der Braunkohle am stärksten treffen mußte, da, im Gegensatz zur Steinkohle, bis zu 80 Prozent im Wege des Hausbrandes verbraucht werden. Jede Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse trifft daher die Braunkohlenarbeiter in doppelter Weise. So konnte es dazu kommen, daß trotz des Produktionsrückganges am Jahresschluß noch Stapelbestände in Höhe von einer Million Tonnen vorhanden waren.

Der ganze Widerstreit des gegenwärtigen Wirtschaftsystems offenbart sich in der Tatsache, daß viele Arbeiterfamilien diesen Winter in ungeheizten Räumen zubringen mußten, während in unserem Wirtschaftsbezirk fast keine Stapelmöglichkeit für die nicht abzuführende Rohle vorhanden war. Daneben wird die Rationalisierung gerade hier in einem Tempo und Ausmaß betrieben, das allem volkswirtschaftlichen Denken hohn spricht.

Obwohl schon heute ein nicht geringer Teil der Anlagen nicht ausgenutzt wird, werden weitere Maschinen eingeführt. Mag der Zinsendienst für dieses tote Kapital das Produkt wesentlich verteuern, es wird weiterhin der Lohn- und Belegschaftsabbau als das A und O einer Belebung der Wirtschaft von den Unternehmern gepriesen.

Wie weit die Braunkohlegewaltigen diesen falschen Weg bereits gegangen sind, geht daraus hervor, daß der Durchschnittslohn des Braunkohlenarbeiters, trotz der Lohnerhöhung vom November 1929, erheblich gesunken ist. Die Unternehmer wenden ihr Rezept mit einer Rigorosität an, die viele der Braunkohlenarbeiter mit ihren Familien an den Abgrund gebracht hat.

Durch Prämienabbau, Einlegung von Kurzarbeit und Entlassungen haben die Braunkohlegewaltigen den Arbeitern allein im verflochtenen Jahre 10 1/2 Mill. M. Lohngebelde vorenthalten. Die Kosten der Krise sind einzig und allein auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt worden. Die Bilanzen der großen Werke der

Niederlauffen weisen auch in diesem Jahre hohe Summen an Abschreibungen und Dividenden aus...

Table with 3 columns: Item, Bei einem Aktienkapital, Nettogewinn

Auch die Belastung je Mann und Schicht ist erheblich gestiegen...

Table with 3 columns: Item, Unter Tage, Im Tagebau

Unter Tage sind höchstens 10 Prozent der Belegschaft beschäftigt...

Trotzdem man die Leistungsfähigkeit des Braunkohlenarbeiters bei niedrigem Lohn...

Der Kampf um die Zuschusspflicht des Reiches zur Knappschaft ist noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gekommen...

Table with 3 columns: Item, im Jahre 1929, im Jahre 1930, im März 1931

Das Geschrei der Arbeitgeber im Kampfe um die Erhaltung der Sozialversicherung ist Spiegelbild der Lage...

Die Gemeinden müssen sich schon aus Selbsterhaltungstrieb auf die Seite der Bergarbeiter stellen...

Die Bergarbeiter haben die Gefahren erkannt und stehen mit großer Mehrheit hinter den freien Gewerkschaften...

Nach dem Kameraden Briewig sprachen noch Kameraden aus verschiedenen Revieren...

Die erforderlichen Wahlen vollzogen sich alle mit großer Einmütigkeit...

Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme: „Die am 3. Mai 1931 im Volkshaus in Cottbus stattgefundene Jahreskonferenz des Bezirkes Senftenberg..."

Die Konferenz fordert alle maßgebenden Instanzen auf, die Bergarbeiterschaft im Kampfe um die Erringung eines menschenwürdigen Lohnes...

Die Konferenz rechnet insbesondere darauf, daß die Reichsregierung in der Erkenntnis...

die gegen die sozialreaktionären Abbaupläne der Kohlengewaltigen auf die Seite der Bergarbeiter stellt...

Die Konferenz stellt ausdrücklich fest, daß die vom Bergbau-Industrieverband gemachten Vorschläge allein die Not der Bergarbeiter lindern können...

Manilius Krauke tot.

Nun hat der Schnitter Tod doch geflegt! Schon seit längerer Zeit wußten wir, daß Manilius Krauke ein schlimmes Leiden hatte...

Am 5. Februar 1870 in Neudorf geboren, besuchte er die Volksschule und wurde zuerst nach seiner Schulentlassung Viehhüter...

UNSERE TOTEN

Zahlfelle Essen-Schönebeck. Am 25. April starb eines unserer ältesten Mitglieder, der Kamerad Friedrich Schmitz...

Zahlfelle Wiehe-Steinförde. Am 21. April starb unser Kamerad Otto Keupke im Alter von 38 Jahren...

Zahlfelle Bannewitz (Plauenscher Grund). Am 24. April starb einer unserer besten Kameraden, Friedrich Schleinig...

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co. Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Aus Sowjetrußland.

Viel Widersprechendes ist uns aus Rußland berichtet worden: die RPD-Presse sieht nur die Lichtseiten im Sowjetstaat, andere nur die Schattenseiten.

Aniderboder: Der rote Handel droht.

Berlag Ernst Rowohlt, Berlin W. 50, gibt interessante Eindrücke aus Rußland wieder. An., Berliner Vertreter einer amerikanischen Zeitung...

Verbandsnachrichten

Bücherrevision.

Bochum l. Vom 1. bis 15. Juni.

Knappschaftsältestenkommission Herne.

Sonntag, den 14. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, im Verwaltungsgebäude der Ruhrknappschaft, Bochum, Pieperstraße 28: Kommissionierung.

Schluss der redaktionellen Teils.

Wo ist die Heimat der Musikinstrumente? Was für Porzellan — Meißner, für Silber — Glasurte, für für Musikinstrumente aller Art Klingenthal und seine Umgebung...

Dieses viele nicht wissen! Wenn Sie eine gute Uhr billig kaufen wollen, so beachten Sie bitte unter den Lieferanten die große Preis-Ermäßigung...

Unter Tage ist ein guter Begleiter der wüzige und billige GEG Kautabak aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten...

Der neue Miele Stoßdämpfer D.R.G.M. verhindert den Rückstoß in die Wasserleitung, so daß selbst die bei hohem Wasserdruck auftretende Vibration der Wasserleitung vermieden wird...

Was Lungentrante wissen müssen! Durch Verbindung lebenswichtigen Silizium mit herborgetragener Heilwirkung...

Fußheilmittel seit über 30 Jahren bewährt und empfohlen als rasch heilendes und schmerzstillendes Mittel bei offenen Füßen...

Homöopathie Biochemie Original Schwabe erhältlich durch die Apotheken. Bestimmt vorrätig in den durch Emalieschilde als Niederlage gekennzeichneten Apotheken...

Ekzem Heilerfolge Eine kostenlose Probeflasche steht zu Ihrer Verfügung! Warum dulden Sie die Qualen, die Ekzeme und andere Hautkrankheiten hervorbringen...

Großer Preisabbau in neuen Gängefedern mit Daunen, doppelt gereinigt...

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Sächsische Bettfedern- Fabrik P. Hoyer, Delitzsch 79 Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4...

Das gute Stricker... Jedes Ehepaar wird vor Not und Sorgen bewahrt durch das lehrreiche Buch eines erfahrenen Frauenarztes über die Einschränkung der Kinderzahl...

Blattate sowie Drucksachen jeder Art für die Zahlstellen liefert preiswert H. Hausmann & Co., Bochum. Rauchtobak, Hand-Kastenwagen, Gummi, Nachtrancher, Heimarbeiter...

Für unsere Betriebsräte! Betriebsrätegesetz mit den einschlägigen Nebengesetzen und Verordnung über Betriebsräteabteilung. 105 Seiten . . 50 Pfennig. H. Hausmann & Co., Bochum Wiemelhauser Str. 38-42.

Wer klug ist, kauft bei Uhren-Klose Reklamepreis! Nur 2,50 M. unserer Uhren, Berlin SW 29 (28), Zossener Str. 8.